



LANDTAG  
Mecklenburg-Vorpommern

# LANDTAGS NACHRICHTEN



11. Juli  
5/2024  
[www.landtag-mv.de](http://www.landtag-mv.de)

**TAG DER OFFENEN TÜR IM LANDTAG AM 30. JUNI 2024**

30 Jahre Volksentscheid zur Landesverfassung +++ Debatte über Ärzteversorgung in MV +++ Koalitionsantrag gegen CO<sub>2</sub>-Speicherung in der Erde +++ Debatte über Unterbringung von Migranten +++ DigitalPakt Schule konsequent fortsetzen +++ Petitionsausschuss zu Prerower Campingplatz +++ Novelle des Landesfischereigesetzes



3	AUS DEM PLENUM	Rede der Präsidentin Jubiläum: 30 Jahre Volksentscheid zur Landesverfassung
4	Aktuelle Stunde	„30 Jahre Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern, 75 Jahre Grundgesetz: Mecklenburg-Vorpommern in guter Verfassung“ (auf Antrag der Fraktion der SPD)
5 - 12	Auszüge aus der Originaldebatte	Julian Barlen (SPD), Minister Dr. Till Backhaus, Nikolaus Kramer (AfD), Daniel Peters (CDU), Jeannine Rösler (DIE LINKE), Constanze Oehrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), René Domke (FDP)
13 – 24	Berichte	Debatte über Ärzteversorgung in MV Koalitionsantrag gegen CO2-Speicherung in der Erde Aufarbeitung der Corona-Pandemie CDU fordert Vielfalt bei Antriebstechnologien Debatte über Unterbringung von Migranten Klimastiftung im Fokus
25 - 27	Meldungen	Aktualisierung der Geschäftsordnung des Landtages Mehr Windkraft braucht Bürgerakzeptanz DigitalPakt Schule konsequent fortsetzen FDP will weniger Bürokratie in Krankenhäusern AfD fordert besseren Brandschutz für Windkraftanlagen Forderung nach Nachhaltigkeitsstrategie
28 - 31	Befragung der Landesregierung	
32	Gesetzgebung	
33 - 35	Ausschüsse	Petitionsausschuss zu Prerower Campingplatz Novelle des Landesfischereigesetzes Bildungsausschuss in Lettland
35	Panorama	Tag der offenen Tür im Landtag
40	Chronik	

## IMPRESSUM

### Herausgeber:

Landtag Mecklenburg-Vorpommern  
- Öffentlichkeitsarbeit -  
Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin  
Fon: 0385 / 525-2113, Fax 525-2151  
E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de  
Internet: www.landtag-mv.de

### Redaktion:

Referat Öffentlichkeitsarbeit,  
Anna-Maria Leistner  
Referatsleiter: Julien Radloff  
Autoren: Jacqueline Myrrhe,  
Joachim Mangler  
**Layout:** Uwe Sinnecker  
**Druck:** produktionsbüro TINUS  
Gedruckt auf Recyclingpapier

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers. Die LandtagsNachrichten können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.  
Redaktionsschluss 21.06.2024



Landtagspräsidentin Birgit Hesse

Foto: Danny Gohlke

## 30 Jahre Landesverfassung

Präsidentin würdigt Jubiläum des Volksentscheids

**■ Zu Beginn der Sitzung des Landtages am 12. Juni wandte sich Landtagspräsidentin Birgit Hesse mit persönlichen Worten an die anwesenden Abgeordneten und die Öffentlichkeit. Sie thematisierte dabei die kürzlich stattgefundene Europawahl am 9. Juni und den tödlichen Angriff auf einen Polizisten am 31. Mai. Mit einer Schweigeminute gedachten die Anwesenden dem verstorbenen Polizisten.**

Präsidentin Birgit Hesse: [...] Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute auf den Tag genau vor 30 Jahren ist am 12. Juni unsere Landesverfassung durch einen Volksentscheid bestätigt worden. Darin heißt es in Artikel 3, ich zitiere: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen sowie durch die Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.“ Diese zwei Sätze besagen, dass die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern als Souverän alle gemeinsam über die Zusammensetzung von Parlamenten und der Kommunalvertretung entscheiden, welche dann zahlreiche uns unmittelbar betreffenden Belange regeln.

Am Sonntag waren die Menschen in unserem Bundesland dazu aufgerufen, darüber zu entscheiden, welche Kandidatinnen und Kandidaten aus Deutschland in das Europaparlament einziehen und wer in den hiesigen Kommunalvertretungen in den kommenden fünf Jahren Verantwortung tragen soll. Großartig finde ich, dass die Beteiligung an den Wahlen sich im Vergleich zum Geschehen vor fünf Jahren deutlich erhöht hat.

[...] das Grundgesetz, dessen 75. Geburtstag wir am 23. Mai gefeiert haben, ist das Fundament unserer Demokratie, unserer freiheitlichen Gesellschaft, des Föderalismus und damit auch unseres Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern. Die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern haben die im Grundgesetz verfassten Rechte bis zur friedlichen Revolution 1989 nicht für sich reklamieren, geschweige denn leben dürfen. Seit dem 3. Oktober 1990 gilt das Grundgesetz auch auf dem Gebiet unseres Bundeslandes. Heute mag das als Selbstverständlichkeit angesehen werden, eine solche ist es jedoch nicht. Im Herbst 1989 sind mutige Frauen und Männer in der ehemaligen DDR für Freiheitsrechte eingetreten und haben viel riskiert für das, was heute den grundlegenden rechtlichen Rahmen unserer Gesellschaft darstellt.

Wie aber steht es um diesen Rahmen? Mit Blick auf das Grundgesetz und unsere Landesverfassung behaupte ich, dass das auf diesem Fundament errichtete Haus namens Demokratie und dessen Ausstattung exzellent sind. Das Fundament trägt, die Mauern und Decken sind stabil errichtet. Dieses Haus ist allerdings kein Selbstzweck. Es wurde gebaut für die Menschen. Und, [...] in diesem Haus herrscht aktuell schlechte Stimmung.

Mit Händen zu greifen ist, es gibt sehr viele Menschen in unserem Bundesland, in Deutschland und auch anderen Staaten der Europäischen Union, die offensichtlich unzufrieden sind. [...] Wenden möchte ich mich deshalb von dieser Stelle aus an die Bürgerinnen und Bürger: [...] Ermutigen und auffordern möchte ich Sie dazu, sich weiter einzumischen! Demokratie bedeutet nicht, alle paar Jahre zur Wahl zu gehen und ausschließlich über diesen Weg Zustimmung oder eben Unzufriedenheit zu äußern, Demokratie ist und kann so viel mehr. Bringen Sie sich ein! Sorgen Sie auf diese Weise mit dafür, dass sich unsere Gesellschaft weiterentwickelt und Ihre ganz persönlichen Interessen sich wiederfinden! Schreiben Sie Parteien oder Abgeordneten, melden Sie sich in den Medien mit Leserbriefen zu Wort, reichen Sie beim Petitionsausschuss des

Landtags Bitten, Beschwerden oder auch Anregungen ein! Demonstrieren Sie gemeinsam mit anderen Menschen oder sammeln Sie Unterschriften für beziehungsweise gegen Vorhaben in Ihrer Region! Wenden Sie sich an den Bürgerbeauftragten, besuchen Sie Abgeordnete in den Wahlkreisbüros! Reden Sie mit anderen Menschen über das, was Sie umtreibt und tragen all das in Richtung der Politikerinnen und Politiker! Von all dem lebt unsere Demokratie!

[...] Unterschiedliche Positionen, Meinungen oder auch Werte sind beim Ringen um Mehrheiten meiner festen Überzeugung nach kein Problem, entscheidend ist, wie wir mit den sich daraus ergebenden Zielkonflikten umgehen. [...] Ich werbe für das, was uns Rita Süßmuth hier an dieser Stelle ans Herz gelegt hat: Bedenke immer [...] das Argument des anderen könnte auch richtig sein. Wer sich dies zu eigen macht, streitet wertschätzend. Es geht darum, mit Stil um Lösungen zu ringen, statt sie brachial zu erkämpfen. [...]

Dazu gehört [...] auch, eine mehrheitlich getroffene Entscheidung, die vielfach ohnehin einen Kompromiss darstellt, zu akzeptieren. [...] In der Demokratie werden Spannungsfelder ausgelotet auf der Grundlage der vom Souverän auf Zeit verliehenen Mandate und Ämter.

[...] lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, die Werte und Prinzipien unserer Verfassung und unseres Grundgesetzes zu bewahren und zu stärken! [...]

## Aktuelle Stunde

„30 Jahre Verfassung des Landes MV, 75 Jahre Grundgesetz: MV in guter Verfassung“

**Im Mai 1949 wurde das Grundgesetz der Bundesrepublik beschlossen. 45 Jahre später, am 12. Juni 1994, billigte ein Volksentscheid die Landesverfassung von Mecklenburg-Vorpommern. Auf Antrag der SPD gedachte eine Aktuelle Stunde beider Jahrestage. Alle Fraktionen würdigten die Bedeutung der Gesetzestexte; einige plädierten auch für eine Weiterentwicklung des Grundgesetzes. Zudem erkannten die Redner im Wahlergebnis einen Weckruf für alle demokratischen Kräfte.**



Die Fraktionsvorsitzende Constanze Oehrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) spricht während der Aktuellen Stunde. Foto: Uwe Sinnecker

Der Fraktionsvorsitzende Julian Barlen (SPD) verwies auf die Entstehung beider Gesetze als Folge historischer, gesellschaftlicher Umwälzungen. Sie bildeten nun die Grundlagen der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ im Dienst von Frieden, Freiheit und Menschenwürde sowie für „soziale Gerechtigkeit“ und „wirtschaftlichen Fortschritt“. Der Abgeordnete warb um Zusammenarbeit für Lösungen im Interesse der Bürger.

Landwirtschaftsminister Dr. Till Backhaus (SPD) erinnerte an die Leidenschaft, mit der die Landesverfassung erarbeitet wurde. Die Motivation zum Verändern ziehe sich „wie ein roter Faden“ durch seine politische Arbeit. Er habe die Landesverfassung stets „als Werkzeug, als Wertekompass“ zur Sicherung der Demokratie gesehen, denn es gebe „keine bessere Gesellschaft“. Darum gelte es, „das Vertrauen der Menschen zurückzugewinnen“.

Das Land sei in keiner guten Verfassung, „attestiert“ der Fraktionsvorsitzende Nikolaus Kramer (AfD) der Regierungskoalition. Der Wahlausgang zeige, dass vielen Bürgern das Grundgesetz „wenig greifbar“ sei. Die AfD-Fraktion feiere das Grundgesetz, aber nicht diese Regierung, die sich von den „wahren Sorgen und Nöten“ der Menschen entfremde. Im Geiste des Grundgesetzes setze sich die Fraktion für „eine demokratische Erneuerung“ ein.

Die Jubiläen seien „großer Grund zur Freude“, unterstrich der Fraktionsvorsitzende Daniel Peters (CDU). Doch unterhöhlten die Wahlergebnisse die „Legitimation“ der Regierungskoalition. Der Vertrauensverlust bei den Bürgern erfordere eine Prüfung, ob der Parlamentarismus noch „auf dem richtigen Weg“ sei. Ringe man um Kompromisse oder würden Regierungsansichten „durchgedrückt“, richtete der Politiker an SPD und DIE LINKE.

Die Fraktionsvorsitzende Jeannine Rösler (DIE LINKE) betonte den „moralpolitischen“ Charakter des Grundgesetzes, der nach der „Barbarei Nazideutschlands“ einen Aufbruch markierte. Dennoch fehlten ihr Aspekte wie Kinderrechte oder eine Friedensverpflichtung im Grundgesetz – Dinge, die in der Landesverfassung festgehalten seien. Das Grundgesetz sei nicht „in Stein gemeißelt“ und Weiterentwicklungen würden ihm „gut zu Gesicht“ stehen.

Die Fraktionsvorsitzende Constanze Oehrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) rief ins Gedächtnis zurück, dass die Bürgerbewegungen der Wendezeit eine „neue gemeinsame Verfassung per Volksabstimmung“ bevorzugt hätten. Trotzdem habe sich das Grundgesetz bewährt. Zum „Doppeljubiläum“ habe ihre Fraktion „eine doppelte Botschaft“: die Wertschätzung der zusammenhaltenden Gemeinsamkeiten und die Arbeit an deren Erhalt.

„Protest zu wählen“ und damit „ein Signal zu senden“, verdeutlichte der Fraktionsvorsitzende René Domke (FDP), sei ein „Zeichen der Demokratie“. Diese Bürger zu „stigmatisieren“ sei falsch. Politik müsse „rausgehen“ in die „Lebenswirklichkeit“ der Menschen. Das sei „insgesamt nicht mehr so gut gelungen“. Darum bleibe es Aufgabe der Politik, die Demokratie zu erklären und die Zukunft des Landes „aus der Mitte“ heraus zu gestalten.

## ■ Julian Barlen, SPD

### „Unsere Demokratie lebt von den Zwischentönen.“



Foto: Uwe Sinnecker

[...] Das Grundgesetz, die Landesverfassung Mecklenburg-Vorpommerns, beides sind wertvolle Errungenschaften und zugleich [...] mahnende Zeugnisse und Produkte der deutschen Geschichte. Das Grundgesetz – ein in Artikel gegossenes „Nie wieder!“, beschlossen auf den Trümmern des Nationalsozialismus, die Landesverfassung Mecklenburg-Vorpommerns – Ergebnis einer mutigen, friedlichen Revolution der Bürgerinnen und Bürger hier im Land, beide mit dem ganz erklärten Ziel angelegt, die Verantwortung aus der deutschen Geschichte zu tragen, dem Frieden, der Freiheit, der Menschenwürde zu dienen, gemeinsam mit den Menschen im Land soziale Gerechtigkeit, wirtschaftlichen Fortschritt und vor allem auch den Schutz der natürlichen Lebensgrundlage zu befördern.

[...] Nicht zufällig sind eine starke Wirtschaft mit guter Arbeit, sind der soziale Zusammenhalt und auch die Verantwortung für Umwelt und Natur auch heute die wesentlichen tragenden Säulen unserer Landespolitik.

[...] Harald Ringstorff hat die Landesverfassung 1993 [...] als Gebrauchsanweisung für die Demokratie bezeichnet. Ich bin ja Hotelkaufmann, da kommt mir in den Sinn, die Landesverfassung [...] als ein ausgefeiltes Rezept für eine gute Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns und für ein glückliches Miteinander [...] zu bezeichnen. Und da ist es mit der Einhaltung von Rezepturen [...] so wie mit der Verfassungstreue in der Demokratie: Alle Zutaten sind wichtig [...].

Was wäre das für ein Land, in dem die Würde des Menschen in volksverhetzerischer Absicht eben doch angetastet werden kann, wenn beispielsweise, [...] pauschal von „Messermännern“ oder einem [...] angeblichen „Bevölkerungsaustausch“ gesprochen wird,

*(Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)*

und selbst Menschen mit einem deutschen Pass

*(Zuruf von Nikolaus Kramer, AfD)*

nicht vor Vertreibungen sicher sein können?!

*(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

Stichwort: Planungen zur massenhaften Vertreibung, beschönigend „Remigration“ genannt.

*(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Kampagne, Herr Barlen! Sie hören nicht auf! Auch nach der Wahl hören Sie nicht auf!)*

Was wäre das für ein Land,

*(Zurufe von Stephan J. Reuken, AfD, und Jens-Holger Schneider, AfD)*

in dem die Entfaltung der Persönlichkeit eben nicht frei ist, sondern wo die Entfaltung der Persönlichkeit da eine Grenze hat, wo es um die politische Einstellung, um die Religion oder um die Frage geht, wen man liebt?! Stichwort: die Abwertung der Religionsfreiheit mit dem Begriff „Kopftuchmädchen“ oder ein Abgeordneter des Europäischen Parlamentes der AfD, der schwulenfreie Zonen in Polen als ein gutes Konzept verteidigt.

Was wäre das für ein Land, wo eben keine Meinungsfreiheit herrscht, [...] missliebige Meinungen und Lebensmodelle unterdrückt werden?!

[...] Kurz, ohne all diese Zutaten, ohne all diese Bestandteile [...] wäre unser Land nicht das heutige moderne, erfolgreiche und freundliche Mecklenburg-Vorpommern [...].

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)*

[...] Ein Land ohne diese Grundrechte und Staatsziele wäre eben keine freiheitliche Demokratie, sondern ein Zurück in die dunkelsten Zeiten der deutschen Geschichte, und davor warnen wir. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)*

[...] [A]llen Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes möchte ich sagen, wir stehen vor großen Herausforderungen, die wir [...] nur in einem konstruktiven [...] Miteinander

*(Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD: Haben wir ja gerade gesehen!)*

und nicht mit Populismus, nicht mit Extremismus, nicht mit Ideologie von vorgestern oder einem pauschalen Bashing lösen werden.

*(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD – Petra Federau, AfD: Das ist unglaublich! – Horst Förster, AfD: Das ist eine Schizophrenie, reine Schizophrenie!)*

Unsere Demokratie lebt von den Zwischentönen. Unsere Demokratie lebt vom Ausgleich unterschiedlicher Interessen. Wir setzen uns dafür ein, die Demokratie gegen extremistische Tendenzen zu stärken, [...] Brücken zu bauen, anstatt Gräben zu ziehen. [...] Wir leben und lieben unsere Landesverfassung, um auf ihrem fruchtbaren Boden Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit hochzuhalten

*(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

und ein wirtschaftlich erfolgreiches, ein sozial gerechtes und eben auch ein zukunftsfestes Mecklenburg-Vorpommern voranzubringen,

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Hören Sie sich eigentlich selber zu, Herr Barlen?!)*

ein starkes, ein geeintes, ein demokratisches Mecklenburg-Vorpommern.

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Das sagt der Spalter vor dem Herrn da vorne! Wahnsinn! – Zuruf von Paul-Joachim Timm, AfD)*

In diesem Sinne ein Hoch auf unsere Landesverfassung [...]! [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)*

### ■ Minister Dr. Till Backhaus

„Demokratie braucht mündige Bürgerinnen und Bürger, informierte Menschen, die sich eine eigene Meinung bilden.“



Foto: Uwe Sinnecker

Sehr geehrte Frau Präsidentin! [...] Ja, ich bin von Anfang an dabei gewesen!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Nikolaus Kramer, AfD)*

Für mich persönlich, darf ich heute sagen, ist das auch ein besonderer Augenblick. [...] man kann sich bei den Vätern und Müttern selbstverständlich des Grundgesetzes und der Landesverfassung an dieser Stelle nur noch mal sehr, [...] herzlich bedanken. Und ich will auch ausdrücklich sagen, die Idee von Harald Ringstorff und anderen – ein bisschen habe ich auch dazu gehört –, die Verfassung denn ok up Platt tau maken, is woll eenmalig up de Welt, un dat is gaut so.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)*

[...] Für mich ist die Verfassung, wenn man so will, das Werkzeug.

*(Julian Barlen, SPD: Ja.)*

und das Werkzeug ist dann eine Art von Bedienungsanleitung. Aber an diese Bedienungsanleitung hat sich jeder

*(Stephan J. Reuken, AfD: Jeder! Jeder!)*

[...] zu halten. [...] denn die Werte, der Wertekompass, der damit in dem Geist dieser Verfassung drinsteht, ist am Ende das Wesen der Demokratie, der Freiheit, der Menschenwürde, der freien Wahlen, der Pressefreiheit, der Reisefreiheit. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

[...] Auch die Finanzierbarkeit und die soliden Finanzen sind in der Verfassung niedergeschrieben oder selbstverständlich im Übrigen auch der Tierschutz, der Umweltschutz und die nachhaltigen Wirtschaftsweisen in der Wirtschaft, in der Landwirtschaft oder die Schönheiten unserer Natur und der Geist dieser Menschen. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)*

Ja, dieses Haus steht und es ist weiter mit Leben erfüllt. Und ob es manchmal klappert oder auch mal turbulent wird, das gehört in der Demokratie dazu. Aber de Gäus warden in Harst tellt, auch das hat Harald Ringstorff mal gesagt, also auf Hochdeutsch: Die Gänse, die Küken werden im Herbst gezählt.

*(Zurufe vonseiten der Fraktion der SPD: Ja. – Heiterkeit bei Jens-Holger Schneider, AfD – Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)*

Und deswegen ist es natürlich auch so, dass wir jeden Tag wieder für Demokratie kämpfen, arbeiten und am Ende auch für die Menschen da sein müssen.

[...] Der 12. Juni ist insofern für uns, [...] auch noch mal ein Mahnmal, alles daranzusetzen, sich mit der Bevölkerung auseinanderzusetzen, [...] die besten Lösungen für die Menschen und für die Gesamtgesellschaft in diesem Lande zu erreichen. Und deswegen sind demokratische Prozesse mitunter langwierig. Ja, das ist leider so. [...]

Und deswegen sage ich hier auch noch mal ausdrücklich, wir erkennen, unsere Demokratie ist alles andere als selbstverständlich. Sie muss wehrhaft sein und sie muss geschützt werden, bei aller Unzufriedenheit, die ich verstehe, aber es gibt keine bessere Gesellschaft, [...], in der wir leben dürfen. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD, CDU, DIE LINKE,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)*

Die Demokratie muss tagtäglich [...] vor verbalen und tätlichen Angriffen oder vor Fehlinterpretationen und gezielten Falschinformationen geschützt werden. Unsere Demokratie braucht mündige Bürgerinnen und Bürger, informierte Menschen, die sich eine eigene Meinung bilden

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:  
Eben, genau. Sehr richtig!)*

und in das gesellschaftliche Leben einbringen. Deswegen kann man sich nur bei jedem bedanken, der demokratisch gewählt hat und der dann auch uns den Hinweis gegeben hat,

*(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Es haben doch alle  
demokratisch gewählt, Herr Backhaus.)*

doch mal über die Art und Weise der Politik nachzudenken, wie wir damit umgehen.

*(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –  
Enrico Schult, AfD: Alles, was Sie eben  
gesagt haben, treten Sie jetzt mit Füßen!)*

Unsere Historie in Deutschland zwingt uns immer wieder, den Spiegel vorzuhalten, und deswegen ist es und gibt es nichts Besseres als die Demokratie.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE –  
Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –  
Nikolaus Kramer, AfD: Schauen Sie  
doch selber mal in den Spiegel! –  
Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

Ich will auch mich bei denen noch mal abschließend bedanken,

*(Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)*

die zu DDR-Zeiten Widerstand geleistet haben,

*(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)*

aber auch denjenigen, die im Übrigen die Mauer eingerissen haben. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE –  
Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –  
Thore Stein, AfD: Heute bauen Sie  
wieder den Zaun auf, Herr Backhaus!)*

[...] Und natürlich verstehen wir und ich auch ausdrücklich die große Verunsicherung. [...] Aber Demagogen, Populisten, die diese Phase ausnutzen, um Angst, Hass oder Neid zu schüren, helfen diesem Land keinen Millimeter weiter.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE –  
Stephan J. Reuken, AfD: Oje, oje! –  
Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

[...] Das Wahlergebnis der Kommunal- und Europawahlen hat unterstrichen, dass wir als Landesregierung die Sorgen der Menschen ernst nehmen müssen,

*(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

damit wir unsere Demokratie bewahren können.

*(Beifall vonseiten der  
Fraktionen der SPD, DIE LINKE,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)*

## ■ Nikolaus Kramer, AfD:

„Als AfD-Fraktion [...] werden wir uns für eine demokratische Erneuerung [...] einsetzen.“



Foto: Uwe Sinnecker

Sehr geehrte Frau Präsidentin! [...] Sie reden hier von der Herzkammer der Demokratie, Herr Backhaus, aber nach Ihrem Redebeitrag und nach dem Redebeitrag des Fraktionsvorsitzenden der SPD Julian Barlen habe ich das Gefühl, dass ich mich in der Hetzkammer der Demokratie befinde, [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –  
Julian Barlen, SPD: Das ist aber erst,  
seitdem Sie am Pult stehen.)*

30 Jahre Landesverfassung, 75 Jahre Grundgesetz – ein würdiges und wichtiges Thema für eine Aktuelle Stunde. Aber auch ein würdiger Umgang durch den Antragseinbringer? Ich erinnere an die Bilder zur Feier „75 Jahre Grundgesetz“ in Berlin, an die leeren Ränge und das überschaubare Publikum. [...]

Der Verlust der Altparteien und vor allem der Ampel zur politischen Realität und dem eigenen Volk sind exemplarische Gründe dafür [...] Dabei war der Grundgedanke der Väter unseres Grundgesetzes ein anderer:

*(Torsten Koplín, DIE LINKE:  
Es gab auch Mütter.)*

Identität und Selbstbestimmung, Freiheit des Individuums, Menschenwürde und Gleichheit vor dem Gesetz. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)*

Und [...] ein Zugang zu Gesetzen und Verfassung findet für die Bürger [...] zumeist über eine emotionale und kollektive Ebene statt [...]

*(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)*

Also Stolz, Patriotismus und Volk als Kitt der Welt,

*(Torsten Koplín, DIE LINKE:  
Sie spalten das Land!)*

als Kitt der Nation und als Bekenntnis zur Verfassung und Gesetzgebung.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)*

[...]

Mit den demokratischen Prinzipien in unserem Vaterland ist es gerade bei weiten Teilen der Altparteien nicht mehr weit her. Sie manipulieren dabei ganz bewusst die Öffentlichkeit, streuen diffuse Horrorszenarien und verunsichern Teile der Bevölkerung [...]

Sie wissen ganz genau, was Sie mit Ihrer Verrohung der Sprache,

*(Julian Barlen, SPD: Beispiele!)*

mit Ihren schrecklichen,

*(Julian Barlen, SPD: Beispiele!)*

NS-relativierenden Aussagen anrichten.

*(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD –  
Zuruf von Elke-Annette Schmidt, DIE LINKE)*

Wie geschichtsvergessen muss denn ein SPD-Politiker wie Lars Klingbeil sein, wenn er in der Elefantenrunde nach der Europawahl die Wähler der AfD und Alice Weidel als Nazi diffamiert?! [...] gerade die Jugend in diesem Land hat es bemerkt. Sie hat keine Lust mehr auf Bevormundung, Herr Barlen,

*(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)*

keine Lust auf eine Einschränkung der Meinungsfreiheit und politische Erziehung an der Schule.

*(Julian Barlen, SPD: Sie sprechen nicht  
für die Jugend und wir sprechen  
auch nicht für die Jugend.)*

Die SPD hat ihre Kernwählerschaft verloren [...] und nicht an irgendjemanden, sondern über eine halbe Million an die AfD [...]

weil diese Menschen sich mit einer konkreten Heimat identifizieren und kein losgelöster Teil irgendeiner abstrakten Weltgemeinschaft sein wollen?!

*(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)*

Sie, meine Damen und Herren, haben sich so weit von der Realität entfernt sowie von den wahren Sorgen und Nöten der Menschen in diesem Land entfremdet, [...]

*(Zuruf von Enrico Schult, AfD)*

wann haben Sie sich das letzte Mal mit einem Taxifahrer in Schwerin unterhalten,

*(Heiterkeit bei Nadine Julitz, SPD)*

mit einem Hafenarbeiter in Rostock oder einem Pensionsbetreiber auf Rügen?

*(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)*

[...] Sie hätten nicht während der Corona-Zeit Menschen in Ungeimpfte und Geimpfte, in Gut und Böse eingeteilt und dabei fast jedes Grundgesetz ausgehebelt, welches unsere Verfassung kennt. Sie hätten auch danach nicht Akten geschwärzt und die Bevölkerung weiter im Dunkeln gelassen.

[...] wenn Sie demokratiefreundlich wären, wenn Sie verfassungstreu wären, dann würden Sie auch keine 16-jährige Schülerin wegen Meinungsäußerungen mit Polizeibeamten aus der Schule zerren

*(Zurufe vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE: Oh!)*

[...] Sie würden nicht mit dem Begriff des Delegitimierers jeden Bürger unter staatliche Beobachtung stellen, der Ihre Regierungspolitik kritisiert.

*(Patrick Dahlemann, SPD:  
Unfassbar! Echt unfassbar! –  
Julian Barlen, SPD: Unfassbare Lügen!)*

[...] Sie sind schlichtweg keine Hüter der Verfassung, sondern missbrauchen diese immer mehr zu Ihrem eigenen Vorteil und im Kampf gegen alles, was Sie und Ihre Politik ablehnt.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD und  
Dr. Eva Maria Schneider-Gärtner, fraktionslos)*

[...] Als AfD-Fraktion [...] werden wir uns für eine demokratische Erneuerung, eine Renaissance der Meinungsfreiheit sowie das Bekenntnis zum Eigenen einsetzen [...]

In diesem Sinne wünsche ich uns allen einen frohen Stolzmonat!

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD und  
Dr. Eva Maria Schneider-Gärtner, fraktionslos)*

## ■ Daniel Peters, CDU:

„Demokratie ist mit Blick auf das Weltgeschehen immer noch die Ausnahme.“



Foto: Uwe Sinnecker

[...] Und da hier der SPD-Fraktionsvorsitzende die Gelegenheit genutzt hat, ja auch eine Wahlauswertung vorzunehmen – das sei ihm gestattet –, möchte ich darauf natürlich auch kurz eingehen. Was mir gefehlt hat, ist natürlich auch das, was Journalisten und offensichtlich auch in Ihrer eigenen Partei

einigen viel, viel zu kurz kommt, das ist die Übernahme von eigener Verantwortung. Sie haben viele Probleme beschrieben, aber vor allem die Probleme auf den Bund, nach Berlin geschoben. Und ja, da gebe ich Ihnen recht, die Ampel ist eine Katastrophenregierung, aber ich glaube, auch die Landesregierung muss hier Verantwortung übernehmen. Und da habe ich weder etwas aus der Regierung hier gehört noch aus der Koalition, zumindest Stand jetzt und zumindest nicht aus der Rede des Fraktionsvorsitzenden der SPD.

Ich möchte aber betonen, dass wir sehr dankbar auch für die Errungenschaften unserer Verfassung sein können, und ja, es ist schon erwähnt worden, vor 30 Jahren, am 12. Juni, zusammen mit der Kommunalwahl die Entscheidung der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern, im Herbst 1994 dann das Inkrafttreten. Und dazu gehört es eben auch, und das, Herr Minister Backhaus, das muss ich sagen, das haben Sie sehr vernünftig herausgearbeitet, sind diejenigen auch von Ihnen gewürdigt worden, die da tatsächlich daran gewirkt haben.

Und das war ja ein langer Prozess. Zweieinhalb Jahre hat es letztlich gedauert und Rainer Prachtl als damaliger Landtagspräsident ist, glaube ich, an der Stelle noch mal sehr deutlich herauszustellen. Ihm gilt auch bis heute hin unser großer, unser großes Dankeschön!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD, CDU und DIE LINKE)*

Aber ich stelle natürlich mit Blick in die Vergangenheit – das mache ich gelegentlich gerne mal, weil mich das im Studium immer begleitet hat –, natürlich auch heraus, dass wir natürlich auch nur knapp über 60 Prozent Zustimmung erfahren haben. Und die Frage ist schon berechtigt, warum war das so. Und es ist ja kein Geheimnis, dass DIE LINKE damals sehr deutlich dagegen opponiert hat, sehr deutlich Kritik geübt hat, das gehört sicherlich dazu, aber letztlich war es auch ein Stück weit Kampagne, und das haben diese 60 Prozent dann ja auch zum Ausdruck gebracht. Ich bin schon gespannt auf Ihre Einlassungen, aber Sie haben natürlich versucht, eher aus der Landesverfassung deutlich noch Überbleibsel des Sozialismus mit hineinzutragen. Das ist Ihnen nicht gelungen – ich sage in aller Ehrlichkeit, Gott sei Dank –,

*(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU  
und René Domke, FDP)*

und das hätte man vielleicht, vielleicht auch hier vonseiten der SPD noch mal herausstellen können. [...]

Demokratie ist mit Blick auf das Weltgeschehen immer noch die Ausnahme, nicht die Regel. Die Regel ist Diktatur. Und deswegen sollte man schon auch eine entsprechende Wertschätzung hierfür vornehmen.

Und dass es diese Ausnahme immer noch gibt weltweit, das ist bedauerlich, aber es zeigt eben auch, wie sehr wir uns dessen auch bemühen müssen. Aber es zeigt eben auch –

und das hat der Minister Backhaus angedeutet –, dass der Vertrauensverlust so groß ist, mittlerweile so groß, dass wir miteinander ins Gespräch kommen sollten, ob wir noch immer auf dem richtigen Weg sind, ob wir nicht wirklich etwas überdenken sollten. Und das meine ich eben auch mit dem Thema der Eigenverantwortung, der Selbstreflexion, und die bleibt eben bei einigen leider entsprechend aus.

### ■ Jeannine Rösler, DIE LINKE:

„Das Grundgesetz ist nicht in Stein gemeißelt.“



Foto: Uwe Sinnecker

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Kolleginnen und Kollegen! 75 Jahre Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland sind Anlass, innezuhalten und uns bewusst zu machen, auf welchem Fundament unsere Gesellschaft steht, allem voran auf dem Grundsatz: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Dieser Satz markiert wie kein anderer den Aufbruch nach der Barbarei Nazideutschlands. Die Väter, ja, und auch die wenigen Mütter des Grundgesetzes haben ganz bewusst moralpolitisches Maß an die oberste Stelle gesetzt. Es fordert uns unmissverständlich auf, jeden Tag, jede Stunde, ja, jede Minute die Menschenwürde aller, die Demokratie, das Grundgesetz gegen seine Feinde zu verteidigen [...]

Meine Damen und Herren, das Grundgesetz ist nicht in Stein gemeißelt. Wenn wir heute nicht nur zurückblicken, sondern auch kritisch die Gegenwart reflektieren, dann wollen, ja, dann müssen wir darüber reden, wie wir es weiterentwickeln können [...]

Auch nach vielen Jahren der Diskussionen ist es noch immer nicht gelungen, diese ausdrücklich im Grundgesetz festzuschreiben, das Recht auf Schutz, auf Förderung und Beteiligung, das Recht, gewaltfrei aufzuwachsen, das Recht auf eine gute Bildung und Gesundheitsversorgung [...] anders als das Grundgesetz schreibt unsere Landesverfassung, deren 30-jähriges Bestehen wir ebenfalls in diesem Jahr ja feiern, schon heute den Schutz von Kindern und Jugendlichen fest.

[...] lassen Sie mich den antifaschistischen Charakter des Grundgesetzes hervorheben! „Nie wieder!“ ist sein zentrales Versprechen, nie wieder sollte es möglich sein in Deutschland, die Demokratie abzuschaffen und ein totalitäres Regime zu errichten. Zwar schützt das Grundgesetz Parteien in besonderem Maße, dennoch besteht die Möglichkeit eines Parteienverbots, wenn die Demokratie in Gefahr ist [...]

Meine Damen und Herren, die Verfassung unseres Landes regelt in Artikel 18a, dass alles staatliche Handeln dem inneren und äußeren Frieden dienen muss. Diese Regelung war Ergebnis einer Volksinitiative, wie auch die gesamte Landesverfassung mittels Volksentscheid in Kraft gesetzt wurde. Eine Ergänzung im Sinne des Artikels 18a um Friedensverpflichtung, Gewaltfreiheit stünde auch dem Grundgesetz gut zu Gesicht. Eine solche Ergänzung würde das bereits verankerte Friedensgebot untermauern und stärken. Gerade in Zeiten, in denen es wieder um das Gewinnen von Kriegen, um Kriegstüchtigkeit und um massive Aufrüstung geht, muss das Streben nach Frieden und Gewaltfreiheit oberster Anspruch sein.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Stephan J. Reuken, AfD: Sagen Sie das mal den GRÜNEN!)*

[...] das Grundgesetz enthält nicht nur die freiheitliche Garantie des Eigentumsrechtes, es erweitert in Artikel 14 Absatz 2 das verfassungsrechtliche Bild des Eigentums um eine zusätzliche, nicht minder wichtige Perspektive: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Damit bringt das Grundgesetz die Sozialpflichtigkeit und Sozialbindung des Eigentums zum Ausdruck [...] Es ist keine linke Erkenntnis, grundgesetzlicher Anspruch und Wirklichkeit klaffen hier weit auseinander. Es gibt in der herrschenden Politik seit Jahrzehnten die beharrliche Weigerung, große Vermögen und Erbschaften angemessen zu besteuern, im Sinne des Allgemeinwohls.

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Nie wieder Sozialismus, sage ich dazu!)*

Und, meine Damen und Herren, sicherlich gibt es noch weitere Belange, über die es wert wäre, hier zu sprechen. Was sollte, was kann Eingang in das Grundgesetz finden, um den Bedürfnissen und Herausforderungen unserer Zeit gerecht zu werden? Aber entscheidend, entscheidend ist, alles dafür zu tun, dass unser Grundgesetz auch in Zukunft als Garant für Frieden, Gerechtigkeit und Solidarität Bestand hat. – Herzlichen Dank!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)*

## ■ Constanze Oehrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

„Das Grundgesetz hat sich nicht nur bewährt, es gibt unserer Gesellschaft Kraft.“



Foto: Uwe Sinnecker

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleg/-innen! Dieses Jahr haben unsere beiden Verfassungen im Bund und hier bei uns im Land ein rundes Jubiläum. [...] Das ist ein Grund zu feiern. [...]

Wir können gar nicht oft genug über unsere Verfassung reden, uns vergegenwärtigen, was die Grundlagen unseres Zusammenlebens sind, uns fragen, wo wir diesen Grundlagen mehr Geltung verschaffen oder sie weiterentwickeln sollten, und nicht zuletzt uns vergewissern, was uns in unserer Vielfalt eint, stärkt und zusammenhält. Und da leisten unsere Verfassungen einen erheblichen Beitrag. Dafür können wir dankbar und darauf können wir stolz sein.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,  
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

[...] Das Grundgesetz hat sich nicht nur bewährt, es gibt unserer Gesellschaft Kraft, und vor allem, es stärkt jeden einzelnen Menschen. „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, heißt es in Artikel 1 des Grundgesetzes. Und weiter: „Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ [...] Das Grundgesetz erkennt jeden einzelnen Menschen an in seiner Einzigartigkeit, in seiner Individualität,

*(Zuruf von Horst Förster, AfD)*

als Gleicher unter Gleichen.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,  
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

Und das Grundgesetz gibt jedem Menschen Rechte. Das Grundgesetz ist gerade für diejenigen da, die keine Lobby haben. Ich denke da an vermögenslose Menschen. Das Bundesverfassungsgericht hat aus der Menschenwürde das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums abgeleitet.

*(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

[...] Ich denke da an Menschen, deren Abschiebungen gestoppt werden, weil der Schutz ihres Lebens und ihrer Gesundheit angesichts einer drohenden unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung auch dann noch zählt, wenn die Mehrheit endlich mehr abschieben will. [...] Den Grundrechten Geltung zu verschaffen, ist eine Aufgabe, die sich jeden Tag aufs Neue stellt.

*(Beifall vonseiten der Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und  
Dr. Anna-Konstanze Schröder, SPD)*

Das betrifft übrigens auch den Landtag. Ein Beispiel ist das Sicherheits- und Ordnungsgesetz, [...] das das Bundesverfassungsgericht wegen Verstößen unter anderem gegen die Grundrechte auf Schutz der informationellen Selbstbestimmung und die Wahrung der Unverletzlichkeit der Wohnung als teilweise verfassungswidrig eingestuft hat. [...] Dass wir in einem demokratischen und sozialen Rechtsstaat leben, ist nicht selbstverständlich. Wir müssen uns aktiv dafür einsetzen, dass das auch so bleibt,

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,  
DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und René Domke, FDP)*

gerade nach dieser Europawahl. [...] Und wenn wir nach Ungarn und vorher Polen schauen, dann sehen wir: dieses Europa von rechts will unsere rechtsstaatlichen Institutionen entkernen, angefangen bei den Verfassungsgerichten.

*(Julian Barlen, SPD: So ist es. –  
Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)*

Die Justizministerkonferenz hat letzte Woche Empfehlungen dafür erarbeitet, wie die Funktionsfähigkeit des Bundesverfassungsgerichts besser geschützt werden kann. Auch wenn die Landesverfassung unser Verfassungsgericht stärker verankert, auch wir sollten überprüfen, wie wir unsere Institutionen gegen rechtsstaatliche Angriffe wappnen können. [...] Ich appelliere an alle demokratischen Fraktionen, diese Aufgabe gemeinsam anzugehen.

Zum aktuellen Doppeljubiläum der Verfassungen kommt von meiner Fraktion eine doppelte Botschaft: Lassen Sie uns wertschätzen, was uns zusammenhält, und lassen Sie uns unseren Beitrag dafür leisten, dass das so bleibt! – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,  
DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und René Domke, FDP)*

## ■ René Domke, FDP:

„Wir setzen uns bis heute kontinuierlich für die Wahrung der Grundrechte ein.“



Foto: Uwe Sinnecker

[...] 75 Jahre Grundgesetz, ein sehr bedeutender Anlass. Wir leben wieder in einer Zeit, in der die Feinde der offenen freiheitlich-demokratischen Grundordnung eben jene zu untergraben versuchen [...].

*(Thomas Krüger, SPD: Das stimmt.)*

Umso wichtiger ist, dass wir uns auf das Herzstück unserer Demokratie besinnen. Das Grundgesetz hat die Basis für ein freies und friedliches Zusammenleben in Deutschland geschaffen. [...].

Die Freien Demokraten haben eine entscheidende Rolle bei der Gestaltung und dem Schutz unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung gespielt. Und wir setzen uns bis heute kontinuierlich für die Wahrung der Grundrechte ein, für die Stärkung der Bürgerrechte, für die Förderung eines lebendigen und partizipativen demokratischen Systems [...]. [...] es ist Teil unserer liberalen DANN [...].

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und FDP)*

[...] die Geschichte hat gezeigt, dass die Demokratie zerbrechlich ist. Und deswegen braucht auch nichts so sehr den Schutz wie unsere Verfassung selbst. [...]. Sie, die Väter und Mütter des Grundgesetzes, haben aus den Erfahrungen gehandelt, der Erfahrung der Fragilität auch der Demokratie der Weimarer Republik [...].

[...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und FDP)*

[...] unter diesen traumatischen Erinnerungen ist etwas gelungen, ein Werk geschaffen worden, auf das wir bis heute stolz sein können [...].

In einem historischen Kontext betrachtet waren es unwahrscheinlich kluge und visionäre Regeln, die man erarbeitet hat. Aber [...] gelang es, den Krieg zu verbannen? [...] Krieg findet heute viel subtiler statt, über Propaganda [...], [...] Destabilisierung, [...] Bots, [...] Infiltrierung. [...] wir müssen uns auch fragen, sind die Menschen interessiert [...], die Demokratie zu verteidigen. [...] auch das ist unsere Aufgabe, nicht nur [...] darüber zu reden, sondern rauszugehen und den Menschen es immer wieder klarzumachen, dass es [...] wichtig ist, zur Demokratie zu stehen und auf den Regeln unserer Verfassung aufzubauen und diese Verfassung zu verteidigen gegen jeden, der Hand anlegen will.

Ein bedeutender Meilenstein für Mecklenburg-Vorpommern war die Volksabstimmung am 12. Juni 1994. An diesem Tag wurden die Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, über wichtige Verfassungsänderungen abzustimmen und somit direkt an der Gestaltung unseres Rechtsstaats mitzuwirken. [...].

Aber [...] ist Mecklenburg-Vorpommern in guter Verfassung? [...]. Der jüngste Wahlausgang ist ein Weckruf [...]. Wir müssen uns klar sein, dass wir einen Großteil der Menschen verloren haben, [...] wir müssen sie wieder erreichen. [...] da hilft es nicht, wenn wir sie stigmatisieren [...]. [...] Wir müssen rausgehen, die Menschen sind draußen, ihre Lebenswirklichkeit ist draußen. [...].

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU, FDP und Thomas Krüger, SPD)*

Das dürfen wir nicht ignorieren. Ich bin weit weg von denjenigen [...], die den Wahlsonntag als schwarzen Tag für die Demokratie bezeichneten. [...] das Gegenteil ist der Fall. Es ist ein Zeichen der Demokratie [...], auch Protest zu wählen und ein Signal zu senden, so [...] geht es [...] nicht mehr weiter. [...].

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, FDP und Sebastian Ehlers, CDU)*

[...] die Demokratie lebt [...] genau von dieser Meinungsvielfalt und auch davon, dass wir die Meinung des anderen aushalten.

[...] die Zukunft dieses Landes wird aus der Mitte gestaltet, und das müssen wir begreifen. Wenn wir es nicht hinbekommen, dann machen es die Ränder. [...].

*(Zuruf von Torsten Renz, CDU)*

[...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU, FDP und Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*



Es wird nach Konzepten gesucht, wie der Ärztemangel in MV behoben werden kann. Unter anderem sollen Absolventen im Land gehalten werden.

Foto: nordreport

## Debatte über Ärzteversorgung im Land

Absolventen sollen in Mecklenburg-Vorpommern gehalten werden

**Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) machte jüngst deutlich, dass in Deutschland mehr Medizin-Studienplätze benötigt werden. Die SPD-Fraktion fordert eine Vereinbarung zwischen den Bundesländern, um die Mediziner Ausbildung bundesweit besser zu koordinieren. Die AfD-Fraktion möchte die Landarztquote auf Zahnmediziner ausweiten.**

In Deutschland würden rund 5000 mehr Absolventen eines Medizinstudiums benötigt als aktuell an den Universitäten ausgebildet werden. Hintergrund sei, dass die altersbedingt ausscheidenden Ärztinnen und Ärzte ersetzt werden müssen, bei gleichzeitigem höherem Behandlungsbedarf durch eine älter werdende Bevölkerung, sagte der SPD-Abgeordnete **Dirk Stamer**. „Dabei bildet MV gemessen an seiner Einwohnerzahl im Vergleich zu den anderen Bundesländern die zweitmeisten Medizinstudierenden in der Republik aus.“ Die Ausbildung koste nach Angaben des Bundesministeriums für Bildung und Forschung rund 200 000 Euro pro Absolvent. Die hohen Kosten führten jedoch nicht dazu, dass die Versorgung mit Ärzten im Nordosten gesichert sei, da 50 bis 60 Prozent der Absolventen der Humanmedizin MV verließen. „Es ist also nicht im Interesse unseres Bundeslandes, zusätzlich unheimlich kostspielige Studienplätze

zu schaffen, damit wir letztlich Ärztinnen und Ärzte für die übrigen Bundesländer ausbilden, die ihre Ausbildungskapazitäten nicht dem Bedarf angepasst haben“, sagte Stamer. Es werde eine faire Vereinbarung zwischen den Bundesländern unter Beteiligung des Bundes benötigt, damit dort Studienplatz-Kapazitäten geschaffen werden, wo derzeit zu wenig ausgebildet wird, sagte der SPD-Politiker. Der Bund müsse seine Reform finanziell untersetzen. Die Bundesländer sollten mehr Gestaltungsspielraum erhalten, um die sogenannte Landarztquote bei der Vergabe von Studienplätzen ausbauen zu können. Die Quote liege derzeit bei 7,8 Prozent. „Das kann nur auf Bundesebene in Absprache mit den anderen Bundesländern erfolgen“, betonte Stamer.

**Paul-Joachim Timm** (AfD) forderte die Ausweitung der Landarztquote auf die Zahnmedizin. Er verwies auf die Einschätzung der Zahnärztekammer MV,

nach der diese Ausweitung ausdrücklich zu begrüßen sei. „Gerade weil sich die Situation immer mehr zuspitzt und auch das zahnmedizinische Studium Zeit braucht, dürfen wir keine Zeit mehr verlieren. Es ist fünf Sekunden vor Zwölf“, betonte Timm. Denn der Altersdurchschnitt der praktizierenden Zahnärzte in MV sei überdurchschnittlich hoch. Es gebe mehr als 65 Zahnärzte, die 64 Jahre und älter sind und trotzdem immer noch praktizieren. „Mit einer Unterversorgung rechnet man in Nordvorpommern und in Nordwestmecklenburg bereits ab dem Jahr 2030.“ Die Fachverbände in den Bundesländern sähen die Bundesregierung in der Pflicht, diesem Trend entgegenzuwirken und alle zur Verfügung stehenden Hebel in Bewegung zu setzen, um Ärzte anzusiedeln. Denkbar wären hier zusätzliche Stipendien mit der Verpflichtung, nach dem Studium in MV zu praktizieren, erklärte Timm. Die kassenärztliche Vereinigung habe dafür zusammen mit den Krankenkassen für die Jahre 2023/24 einen Strukturfonds in Höhe von 830 000 Euro aufgesetzt. Die Landesregierung könne sich an solchen Ideen orientieren.

„In MV gibt es aktuell im Land etwa 1200 Hausärztinnen und Hausärzte. Ein erheblicher Teil von denen ist bereits jetzt schon über 50 Jahre alt und wird in den nächsten fünf bis zehn Jahren in den Ruhestand gehen“, sagte Wissenschaftsministerin **Bettina Martin** (SPD). Als Flächenland sei MV in besonderem Maße vom demografischen Wandel betroffen. Dabei habe das Land keine Probleme bei der medizinischen Ausbildung, dies zeige sich in nationalen Rankings und der Nachfrage nach Studienplätzen. „Wir bilden überdurchschnittlich aus.“ An den Universitäten Rostock und Greifswald gebe es insgesamt 411 Medizinstudienplätze und damit doppelt so viele, wie die Bevölkerungszahl erfordere. Das Problem der fehlenden Ärzte sei also nicht mit der Erhöhung der Zahl der Studienplätze zu lösen. „Wir brauchen kurzfristige strukturelle Maßnahmen und Reformen im Gesundheitswesen“, betonte die Ministerin. Dagegen sollten andere Länder ihre Studienplatzkapazitäten erhöhen. „Es muss Schluss sein, dass die Leute zu uns kommen, von unserem hervorragenden Ruf profitieren und dann nach dem für unser Land teuren Studium in einem anderen Land eine Praxis aufmachen oder übernehmen.“ Die zusätzlichen Studienplätze müssten fair vom Bund finanziert werden.

Es gebe bei der ärztlichen Versorgung im Land kein Erkenntnisproblem, betonte **Katy Hoffmeister** (CDU). Das betreffe auch die demografische Entwicklung und die künftigen Ärztezahlen. „Wir kennen alle genau die wirksamsten Maßnahmen, dieser Situation zu begegnen.“ Sie kritisierte den Maßnahmenkatalog der Regierungsfaktionen, der nicht die Anforderungen der Zukunft erfülle. Das Land brauche 100 mehr Medizinstudienplätze, entsprechend der Forderung von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) nach bundesweit 5000 zusätzlichen Plätzen. Gleichzeitig müsse die Landarztquote von derzeit 7,8 auf 10 Prozent ausgeweitet werden. Im Rahmen der Diskussion um die Landarztquote stelle sich auch die Frage nach Einführung dieser Quote bei der Facharztbildung. Zusätzlich müsse auch noch die Frage beantwortet werden, wie die Verbundweiterbildung der Ärzte in MV für den ambulanten und stationären Be-

reich gestärkt werden kann. Angesichts vieler offener Probleme scheinere der Koalitionsantrag der kleinste gemeinsame Nenner zu sein, auf den sich die Fraktionen einigen konnten, mutmaßte Hoffmeister. „Ein wirklicher Aufschlag ist es jedenfalls nicht.“

**Torsten Koplín** (DIE LINKE) forderte die Abgeordneten auf, sich die aktuelle medizinische Versorgungssituation und die in 15 Jahren zu betrachten. „MV hat aktuell auf 443 Einwohnerinnen und Einwohner einen medizinischen Leistungserbringer.“ In MV seien 12 Prozent dieser Leistungserbringer älter als 65 Jahre, bundesweit seien es 16,2 Prozent – eine etwas günstigere Situation. Koplín betonte, dass MV überdurchschnittlich viele Medizinerinnen und Mediziner ausbilde. „Auf 1000 Einwohner kommen 2,25 Studierende der Humanmedizin. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 1,62.“ Trotzdem gebe es großen Handlungsbedarf. So gebe es zwischen Zentren und ländlichem Raum erhebliche Versorgungsunterschiede. Auch werde nicht jede vorhandene Praxis in Vollzeitarbeit betrieben. „Es gibt 77 Hausarztpraxen, die aktuell nicht besetzt sind.“ In zwei Dritteln der insgesamt 27 Versorgungsregionen bestehe eine drohende Unterversorgung. Koplín beklagte gleichzeitig Probleme mit bürokratischen Hürden: Er berichtete von einer Deutschen, die in Rumänien Medizin studiert hatte und nun in MV als Kinder- und Jugendpsychotherapeutin arbeiten wollte. Deren Niederlassung sei abgelehnt worden, weil dies nicht ins Planungsraster passe. „So geht's nicht“, sagte Koplín.

„Die demographischen Zahlen sind unerbittlich, egal ob man sie ignoriert oder sich ihrer annimmt“, sagte **Dr. Harald Terpe** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). So habe bereits die erste Nationale Branchenkonferenz Gesundheitswirtschaft im Jahr 2005 den drohenden Nachwuchsmangel in der Ärzteschaft als Schwachpunkt für das ehrgeizige Ziel, „Gesundheitsland Nr. 1“ zu werden, identifiziert. Terpe kritisierte, dass auf allen staatlichen Ebenen die Verantwortungen hin und her geschoben werden. „Das ist ein Phänomen der kollektiven Verantwortungslosigkeit.“ Ein Beispiel dafür sei, dass seit Jahren in MV versäumt werde, die Zahl der Medizinstudienplätze zu erhöhen. Terpe kritisierte die Zah-

len, die von den Koalitionsfraktionen vorgelegt werden, als inkomplett. So werde nicht aufgeführt, dass nur 70 Prozent der ausgebildeten Mediziner überhaupt in ihrem erlernten Beruf bleiben. Das werde durch die Tatsache erschwert, dass es in MV keine der großen Pharma- oder Medizintechnik-Unternehmen gebe, wo diese Ärzte arbeiten könnten. Terpe forderte die Landesregierung auf, mit der Zusage einer Erhöhung der Medizin-Studienplätze in die Verhandlungen mit dem Bund zu gehen. Jetzt sei die Zeit, die anstehende Erhöhung der Zahl der Studienplätze vorzubereiten.

„Das Thema ist ein Dauerbrenner und wird uns noch viele Jahre begleiten“, sagte **Barbara Becker-Hornickel** (FDP). Es stehe außer Frage, dass gerade im ländlichen Raum mehr Ärzte gebraucht werden. In MV würden überdurchschnittlich viele Mediziner ausgebildet, aber der Klebeffekt, also der Anreiz, dass die jungen Leute in MV bleiben, sei zu gering. Das Problem müsse geklärt werden. „Aber starre Quoten und staatliche Eingriffe sind nicht die Mittel der Wahl.“ Die Entscheidung für junge Mediziner, eine Praxis zu eröffnen, sei mit hohen finanziellen Risiken verbunden. Dann könnten ihnen die Kommunen zusammen mit örtlichen Kreditinstituten Darlehen mit intelligenten Konditionen anbieten, um den Einstieg in die Unabhängigkeit zu unterstützen, sagte die FDP-Politikerin. Auch die bereits bestehende Förderung für Zahnarztpraxen im ländlichen Raum sei ein Anfang. „Hier müssen wir die Entwicklung abwarten.“ Aber das ganze Umfeld müsse stimmen.

Die beiden Anträge der Koalitionsfraktionen wurden mit Stimmen von SPD und DIE LINKE bei Ablehnung der AfD und der fraktionslosen Abgeordneten und Enthaltung der übrigen Fraktionen angenommen. Der Antrag der AfD wurde bei Zustimmung der AfD und der fraktionslosen Abgeordneten und Gegenstimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt.

mgl

Anträge der Fraktionen DIE LINKE und SPD

– Drucksache 8/3463 – in Verbindung mit  
– Drucksache 8/3760 –

Antrag der Fraktion der AfD

– Drucksache 8/3760 –



CCS-Anlagen erfassen Kohlendioxidemissionen aus industriellen Prozessen und speichern diese unter der Erde.

Foto: Keshi Studio / shutterstock

## Koalitionsantrag gegen CO<sub>2</sub>-Speicherung in der Erde

Oppositionsfraktionen kritisieren Technologiefeindlichkeit

Die Atmosphäre der Erde wird unter anderem von der Höhe der Konzentration des Gases CO<sub>2</sub> beeinflusst. Einer der Ansätze, den Anteil des Gases zu reduzieren, besteht in der Verpressung des Gases unter der Erde. Die Bundesregierung macht den Weg dafür frei, doch in der Landesregierung findet das Vorhaben keine Zustimmung.

Die Regierungskoalition von SPD und DIE LINKE wehrt sich gegen die vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz geplante unterirdischen Lagerung von CO<sub>2</sub>. „Bislang ist CCS, das Abscheiden und dauerhafte Speichern von CO<sub>2</sub> im Untergrund, in Deutschland verboten“, sagte **Daniel Seiffert** (DIE LINKE). Nun habe aber die Bundesregierung mit seiner sogenannten Carbon-Management-Strategie eine Kehrtwende vollzogen. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stelle diese Technologie als notwendigen Beitrag auf dem Weg zur Klimaneutralität heraus. „Wir wollen eine klare politische Botschaft senden: Das bestehende Verbot der Abscheidung und Speicherung von CO<sub>2</sub>, die CCS-Technologie, muss auch für die Zukunft gelten.“

MV verfüge zwar über geologisch geeignete Bereiche, die für die Speicherung von CO<sub>2</sub> in Frage kämen. Das Land habe jedoch anderes vor. „Unser besonderes Landesinteresse liegt im Heben der Potenziale für die Gewinnung und Nutzung geothermischer Energie sowie der Speicherung von Wärmeenergie aus Erneuerbaren Energien.“ MV verfüge mit der deutschlandweit erst-

maligen unterirdischen Raumplanung im Landesraumentwicklungsprogramm seit 2016 über sogenannte Vorrangräume für Energie und Energieträger. „Auch mit der Fortschreibung des Programms soll dieser Fokus beibehalten werden, um das Land möglichst rasch von Energieimporten unabhängig zu machen. Seiffert appellierte an SPD und die Grünen im Bundestag, Korrekturen am Gesetzentwurf vorzunehmen.

„Unser Land hat bereits klar Position bezogen, die dauerhafte Speicherung von CO<sub>2</sub> in MV soll ausgeschlossen bleiben“, betonte Finanzminister **Dr. Heiko Geue** in Vertretung von Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (beide SPD). Diese Entscheidung beruhe im Wesentlichen auf den berechtigten Sorgen der Bürgerinnen und Bürger bezüglich der Sicherheit und Umweltverträglichkeit solcher Speichermethoden. Die geologischen Potenziale im Land sollten für andere Dinge genutzt werden. Dennoch wolle das Land seinen Beitrag zur Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen leisten und die Wirtschaft stärken. Die Auflösung dieses scheinbaren Widerspruchs könne in der Abscheidung und Nutzung von CO<sub>2</sub> liegen, dem sogenannten Carbon Cap-

ture and Utilization (CCU). Dabei könne das CO<sub>2</sub>, das bei industriellen Prozessen entsteht, aufgefangen und als wertvoller Rohstoff weiterverwendet werden, sagte Geue. Das CCU-Verfahren biete etwa in der chemischen Industrie oder bei der Zement- und Stahlproduktion praktikable Alternativen, um diese Emissionen zu reduzieren. So könnten neue wirtschaftliche Chancen geschaffen werden. „MV kann ein Vorreiter der Entwicklung innovativer Technologien in diesem Bereich sein“, betonte Geue.

**Petra Federau** (AfD) verwies auf die Hierarchie zwischen Bund und Land. „Ober sticht Unter, also Bundesgesetz vor Landesgesetz“. Sie zitierte Habeck, der laut ARD-Tagesschau gesagt hat, dass die CCS-Technik sicher sei. Von Habeck stamme auch der Satz: „Wir sind nicht mehr in einer Welt, in der wir Rosinen picken können, sondern in der wir nutzen müssen, was verfügbar ist“. Bedeute das, alle Bedenken beiseite zu räumen, fragte Federau. „Das erinnert mich persönlich an die Aussage: ‚Die Impfung ist sicher‘. Und damit haben wir ja alles andere als gute Erfahrungen gemacht.“ Federau wies auf die hohen Kosten hin, die die CCS-Technik verursachen werde. „Über die Sicherheit und Lagerung des Transports wird noch erheblich gestritten.“ Da reiche der Habeck-Satz, dass die Technik sicher sei, nicht aus. Zudem

erstickte CO<sub>2</sub>, das auf acht bis zehn Prozent angereichert werde, jedes Leben. Auch seien die Leitungen, die zum Transport des CO<sub>2</sub> unter- oder oberirdisch verlegt werden, ein einfaches Anschlagziel für Terroristen.

Der CDU-Abgeordnete **Wolfgang Waldmüller** bezeichnete es als falschen Weg, eine Technologie abzulehnen, nur weil vor zwölf Jahren ein entsprechender Beschluss im Landtag getroffen worden sei. Mittlerweile hätte sich die Technologie verändert. Mit dem Antrag der Koalitionsparteien würden neue Technologien für die Zukunft verhindert. Waldmüller betonte, dass es doch besser sei, in einem solchen Fall viele Fragen zu stellen oder das Thema im Wirtschafts- oder Energieausschuss zu diskutieren. „Jetzt verbieten wir das einfach so ganz pauschal ohne irgendeine nennenswerte Begründung.“ So wäre es doch interessant zu erfahren, warum beispielsweise die Feldberger Seenlandschaft als geeigneter Standort für eine CO<sub>2</sub>-Lagerstätte ermittelt wurde, sagte Waldmüller. Zudem fehlten Daten über die Speicherkapazitäten sowohl für CO<sub>2</sub> als auch Wasserstoff. „Das liegt doch gar nicht vor. Deswegen kann man doch gar kein Urteil darüber fällen, ob das oder das jetzt richtig ist. Das ist doch nicht seriös.“ Auch Waldmüller verwies auf die Hierarchie zwischen Bund und Land. „Ist es möglich, dass MV CCS eigenständig verbieten kann? Ich weiß es nicht.“

„Die Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emission muss vor allem durch den Ausbau der erneuerbaren Energien sowie durch die Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz vorangetrieben werden“, erklärte **Falko Beitz** (SPD). Mit dem Entwurf des CO<sub>2</sub>-Speichergesetzes des Bundes, der die Speicherung von CO<sub>2</sub> in der Nordsee aber auch möglicherweise an Land vorsieht, würde das Ziel der vermeidbaren Emissionen aufgeweicht. „Anreize und Geschwindigkeit des Transformationsprozesses würden sinken, fossile Energieträger würden länger genutzt als unbedingt notwendig.“ Zudem gebe es bei der CCS-Technologie erhebliche sicherheitstechnische Bedenken. „Die Langzeitstabilität der Speicherstätten ist nicht ausreichend erforscht“, sagte Beitz. So könnten CO<sub>2</sub>-Leckagen auf-

treten, die die Umwelt und die Gesundheit der Menschen gefährden können. Zudem gebe es eine ethische Fragestellung: „Ist es vertretbar die Probleme von heute einfach unter die Erde zu verlagern anstatt sie an der Wurzel zu lösen?“ Auch sei MV von einer einzigartigen Natur geprägt, die es zu schützen gilt. CCS würde potenziell auch das Grundwasser gefährden.

„Der Antrag ist überflüssig und vom Duktus her ein Oppositionsantrag, nur schlechter“, sagte **Hannes Damm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Angesichts vieler Fehler im Antrag stelle sich die Frage, ob es den Antragstellern nur darum gehe, die Grünen anzugreifen und das unter Zuhilfenahme einer unlauteren Verdrehung von Fakten, von der „nicht in meinem Hinterhof Attitüde“ ganz abgesehen. Damm verwies auf den Weltklimarat (IPCC), der für die Emissionsminderung und Klimafolgenanpassung sieben mögliche Szenarien zur Einhaltung der beim Pariser Klimagipfel 2015 vereinbarten Ziele vorgegeben habe. Nur eines dieser Ziele komme ohne großflächigen Einsatz von technischem CCS aus. „Nach Ihrem Verständnis sollen also lieber andere das Zeug bei sich haben, obwohl Deutschland nach der insgesamt freigesetzten CO<sub>2</sub>-Menge auf Platz fünf aller Länder liegt“, kritisierte Damm die Koalitionsfraktionen. Das sei ein gefährlicher und unsolidarischer Weg, der an die Debatte um den Atommüll oder Erneuerbare Energien erinnere. „Für sowas steht meine Fraktion nicht zur Verfügung.“

Bei der CCS-Technologie, also der CO<sub>2</sub>-Verpressung, gehe es nicht um eine Speicherung, erklärte Agrar- und Umweltminister **Till Backhaus** (SPD). Gespeichert werde etwas, was hinterher wieder gebraucht wird. Die CO<sub>2</sub>-Verpressung sei eine Deponierung und endgültige Lagerung. „Wollen Sie das?“, fragte Backhaus den Grünen-Abgeordneten Damm. Für die Speicherung von CO<sub>2</sub> würden umfangreiche geologische Voraussetzungen benötigt, um ein Wiederaustrreten des Gases zu verhindern. Das wiederum könne schwere Folgeschäden nach sich ziehen. „Das muss man zu Ende denken und nicht einen Schritt nach dem anderen machen und sich dann wundern, dass die

Menschen nicht mehr mitkommen mit diesem ganzen Wahnsinn.“

**David Wulff** (FDP) warf den Koalitionsfraktionen vor, eine Technologie verbieten zu wollen, bevor sie überhaupt zum Einsatz gekommen ist. Dabei werde diese schon international angewendet. „Wenn Sie jetzt sagen, wir haben die geologischen Gegebenheiten dafür nicht, nehme ich das hin. Ich bin nicht der Wissenschaftler, der das beurteilt“, sagte Wulff. Aber dann stelle sich doch die Frage, warum es verboten werden soll, wenn es die Gegebenheiten gar nicht hergeben. „Das ist doch wieder reine Symbolpolitik.“ Wenn in MV Industrie angesiedelt werden solle, die CO<sub>2</sub> speichern soll, dann könne sie von kurzen Transportwegen hin zu den hiesigen Lagerstätten profitieren, sagte Wulff. Das wäre doch sinnvoller, als das CO<sub>2</sub> nach Norwegen oder andere Staaten zu verschiffen, wo die Technologie eingesetzt wird. „Das hat an dieser Stelle auch etwas mit dem ökologischen Fußabdruck zu tun.“

Der Antrag der Fraktionen DIE LINKE und SPD wurde bei Zustimmung von DIE LINKE, AfD sowie der fraktionslosen Abgeordneten und Gegenstimmen von CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

mgl

Antrag der Fraktionen DIE LINKE und SPD – Drucksache 8/3746 –

### Hintergrund CCS

Bei CCS (Carbon Capture and Storage) geht es um die Abscheidung und Speicherung von CO<sub>2</sub>, bei CCU (Carbon Capture and Utilization) darüber hinaus um dessen Nutzung. Nach Angaben des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz soll CO<sub>2</sub> in Industrieanlagen eingefangen werden, bevor es in die Atmosphäre gelangt. Dies betrifft etwa die Kalk- und Zementproduktion, die Abfallverbrennung oder die Verbrennung von Öl, Gas und Kohle. Für die Abscheidung stehen verschiedene technische Verfahren zur Verfügung. ...



Mehr Informationen unter:  
<https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Artikel/Industrie/weitere-entwicklung-ccs-technologien.html>



Im Frühjahr 2020 waren als Maßnahme zur Eindämmung der Ausbreitung des Corona-Virus die Inseln für Touristen gesperrt.

Foto: nordreport

## Aufarbeitung der Corona-Pandemie gefordert

AfD scheitert mit ihrem Antrag

Die Zeit der Corona-Pandemie war eine gesellschaftliche Belastungsprobe, die bis heute nachwirkt. Diese Überzeugung einte alle Landtagsfraktionen. Doch die Frage nach einer Aufarbeitung der Krise wurde unterschiedlich beantwortet. Die AfD forderte dafür die Einrichtung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, denn es gäbe vieles „kritisch zu hinterfragen und zu analysieren“. Der Fraktion ging es um ein Bekenntnis der Landesregierung zu „Grundrechtsverletzungen“ genauso wie um eine „Amnestie“ für Verstöße gegen die Corona-Verordnung. Ziel müsse es nach Ansicht der AfD sein, das Vertrauen der Menschen in politisches Handeln wieder herzustellen. Der Antrag der AfD wurde von allen anderen Fraktionen abgelehnt.

Heute wisse man, dass viele Maßnahmen und Entscheidungen während der Corona-Pandemie „unverhältnismäßig“, ineffektiv oder wissenschaftlich unfundiert gewesen waren, untermauerte **Thomas de Jesus Fernandes** (AfD) das Anliegen seiner Fraktion. Kinder und Jugendliche, denen „die wichtigsten Jahre“ genommen wurden, gehörten zu „den großen Verlierern der Pandemie“. Nun zugängliche Protokolle des Robert Koch-Institutes zeigten, dass Maßnahmen auf „politischer Einflussnahme“ beruhten. Darum müssen sie in einem Untersuchungsausschuss „bewertet“ und

„geprüft“ werden. Die Pandemie habe gezeigt, „wie fragil unsere Freiheit und Grundrechte sein können“, mahnte der Abgeordnete. Nur „eine transparente und unabhängige Aufarbeitung“ könne das Vertrauen der Bevölkerung in die Institutionen „vielleicht“ wiederherstellen, um so den „Weg nach vorn“ zu ebnet.

Finanzminister **Dr. Heiko Geue** (SPD) unterstrich in Vertretung für die Sozialministerin Stefanie Drese, wie sehr die Corona-Pandemie eine „beispiellose Zeit“ gewesen sei. Obwohl Deutschland und MV vergleichsweise „gut durch die Pandemie gekommen“ seien, „waren im Rückblick nicht alle Maßnahmen zielführend“. Dem Minister war wichtig zu betonen, dass Entscheidungen „stets unter Einbindung wissenschaftlicher Expertise“ sowie auf Grundlage eines gemeinsamen Vorgehens von Kommunen, Wirtschaft, Verbänden und der Landesregierung getroffen wurden. Mit dem 2023 vorgelegten Bericht zu Lehren und Empfehlungen aus der Corona-Pandemie habe sich das Land „bereits intensiv und umfassend“ mit deren Aufarbeitung und ihren Folgen auseinandergesetzt. So konnte „die Grundlage für eine gemeinsame, bessere Vorbereitung auf zukünftige Krisen“ geschaffen werden. Ein Untersuchungsausschuss sei „nicht erforderlich“. Die CDU interessiere „eine ehrliche, unabhängige und wissenschaftliche Aufarbeitung der Maßnahmen während der Corona-Pandemie“, bestätig-

te **Katy Hoffmeister** (CDU) für ihre Fraktion. Der Abgeordneten schien es jedoch, dass es der AfD vor allem um eine Disqualifizierung politischer Entscheidungsträger ginge. Niemand mit politischer Verantwortung habe es sich in der Pandemie „in irgendeiner Art und Weise leicht gemacht“, zeigte sich Katy Hoffmeister überzeugt. „Klar ist man hinterher immer schlauer“, fügte sie hinzu, aber das erfordere nicht zwangsläufig eine politische Debatte. Auch die CDU sehe die bis heute sichtbaren Verwerfungen in der Gesellschaft, darum müsse mit einer wissenschaftlichen Aufarbeitung „Akzeptanz und Vertrauen“ zur Bewältigung zukünftiger Ausnahmesituationen geschaffen werden. Das von der AfD vorgeschlagene Amnestiegesetz stelle eine potenzielle Untergrabung der Gewaltenteilung dar und sei mit der CDU nicht zu machen.

**Torsten Koplín** (DIE LINKE) verwies auf das anfänglich fehlende Wissen zu Ursache und Ursprung der Pandemie. Das machte es „äußerst schwer [...] der Situation Herr zu werden“. Der AfD-Antrag vermittele den Eindruck, dass „bewusst Schäden in Kauf genommen“ wurden und „unterm Strich unverantwortlich gehandelt“ wurde. Er erinnere sich „deutlich“ daran, wie alle Ressourcen „in die Waagschale“ geworfen wurden, um „nach bestem Wissen und Gewissen“ zu handeln. Keineswegs seien Grundrechte „über Bord geworfen“ worden.

Einen Punkt sah Torsten Koplin kritisch und auch selbstkritisch: Ein Expertengremium auf Bundesebene hatte 2013 „Szenarien von Katastrophenfällen“ durchgespielt. Die Handlungsempfehlungen zur Bevorratung mit Schutzkleidung und medizinischen Geräten wurden in einer Bundestags-Drucksache festgehalten, aber nie umgesetzt. „Das ist in der Tat ein Versäumnis“. Doch im AfD-Antrag erkannte der Abgeordnete keine Absicht zur „objektiven Aufklärung der Prozesse“

**Constanze Oehrich** (Fraktionsvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) verlangte, dass eine Entscheidung über die Aufarbeitung der Entscheidungen und Handlungen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie, „nur faktenbasiert“ erfolgen könne. Dazu gehörten insbesondere aktuelle Zahlen über die getroffenen Maßnahmen und auch die Kenntnis zu deren Bewertung durch die Gerichte. „Ich lese aus dem Antrag der AfD-Fraktion weder das eine noch das andere heraus“, wurde die Abgeordnete deutlich. Sie betonte, dass jedes Bußgeld, jedes Verbot, jede Vorschrift der Corona-Landesverordnung „einer gerichtlichen Überprüfung zugänglich“ war. Es brauche weder eine Amnestie noch eine Rückzahlung gezahlter Bußgelder oder andere Interventionen. Es sei an den Gerichten des Landes „rechtsverbindlich festzustellen“, ob einschneidende Grundrechtsverletzungen vorlagen. „Raum für einen Untersuchungsausschuss sehe ich an dieser Stelle nicht“, lehnte Constanze Oehrich den Antrag ab.

Die Corona-Pandemie habe „niemanden kaltgelassen“ und „uns alle tief geprägt“,

gab **René Domke** (FDP) zu bedenken. Bis heute „hadern“ viele im „Umgang mit der Pandemie und ihren Folgen“. Darum habe die FDP schon im Dezember 2023 für eine Enquetekommission plädiert, was auf „wenig Begeisterung“ traf. Ansatz und Motivation der FDP unterschieden sich von einem Untersuchungsausschuss. Seiner Fraktion ginge es um die „Überwindung eines gesamtgesellschaftlichen Traumas“ durch „Vermittlung“, „Moderation“ und „Austausch“. Zudem solle aus Fehlern gelernt werden, ohne abzustrafen, aber auch herausgestellt werden, „was gut lief“ und uns „stark gemacht“ habe. Dabei helfe ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss wenig. Es brauche einen „auf Augenhöhe“ geführten, „offenen Diskurs“ unter Beteiligung der Öffentlichkeit. So ein Unterfangen wäre eine „Riesenherausforderung“, allerdings „alle Mühe wert“, schlussfolgerte der Abgeordnete.

Die Maßnahmen während der Corona-Pandemie, erklärte **Christine Klingohr** (SPD), zielten darauf, „Gesundheit und Leben zu schützen, Wirtschaft und Arbeitsplätze zu sichern und irgendwie den sozialen Zusammenhalt zu bewahren“. „Ohne Frage“ seien die Einschränkungen „hart und belastend“ gewesen, gab sie zu und bekräftigte, dass rückblickend niemand behauptete, „alle Organisation, Kommunikation und Entscheidungsfindung habe fehlerlos funktioniert“. Die Ministerpräsidentin habe dies bereits mehrmals und auch hier im Landtag „ganz offen gesagt“. Zugleich habe die Pandemie die Stärke des demokratischen Systems gezeigt, denn die Kontrolle der Regierung durch Parlament und Gerichte „hat durchge-

hend funktioniert“, hob Christine Klingohr hervor. Manche Beschlüsse wurden „gekippt“, andere „bestätigt“. Die hier präsentierten Schulduweisungen seien „keinesfalls“ für „eine konstruktive Bewältigung der Pandemie-Zeit“ geeignet, wies die Abgeordnete die AfD ab.

Der Antrag sei „nicht nur notwendig, sondern auch wichtig und richtig“, verteidigte **Thomas de Jesus Fernandes** (AfD) die Einbringung durch seine Fraktion. So stellte die nächtliche Ausgangssperre einen erheblichen Eingriff in die persönliche Freiheit der Bürger dar, ohne das Infektionsgeschehen nachweisbar zu beeinflussen. Die mediale Diffamierung von Impfgegnern spaltete die Gesellschaft. Wo blieben hier Entschuldigungen und der Wille zur Wiedergutmachung, fragte der Abgeordnete. Besonders kritisch müssen die damaligen Aussagen zur Wirksamkeit der Impfung und deren Nebenwirkungen bewertet werden. „Wer wissenschaftlich falsch gehandelt“ und entgegen wissenschaftlichen Annahmen politisch Tatsachen verdreht habe, belog die Bevölkerung und untergrub den Rechtsstaat, rechtfertigte der Politiker das Ansinnen seiner Fraktion.

Dem Antrag stimmten die AfD und die fraktionslose Abgeordnete zu; alle anderen Fraktionen lehnten ab.

mye

Antrag AfD

– Drucksache 8/3758–

Beschluss: Ablehnung des Antrages

## CDU fordert Vielfalt bei Antriebstechnologien

Fraktion will emissionsfreien Verbrennermotoren eine Perspektive erhalten

Laut EU-Vorschrift werden ab 2035 keine Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor mehr zugelassen, warnte die CDU in der von ihr beantragten Aussprache zum Thema: „Technologieoffenheit für eine sichere Zukunft – Umdenken beim Verbrennerverbot“.

Die Fraktion verwies auf die wirtschaftliche Bedeutung der deutschen Automobilwirtschaft, die sieben Prozent

aller Arbeitsplätze stelle. 5.000 davon entfielen auf MV, wo die Branche einen Umsatz von 1,5 Milliarden Euro erziele.

Insgesamt seien 98 % aller Pkw und Lkw in Deutschland mit einem Verbrennungsmotor ausgerüstet. Volkswagen investiere weiterhin Milliarden in solche Fahrzeuge. Politik solle der Technologie folgen, vertrat die CDU. Darum müsse es offenbleiben, mit welcher Art von

Antrieb die Klimaziele erreicht würden. Die Fraktion erhoffte sich, die Aussprache sende „klare Signale“ nach Berlin.

Die CDU verwehre sich nicht der „notwendigen wirtschaftlichen Transformation vor dem Hintergrund des Klimawandels“, klärte **Daniel Peters** (CDU) auf. Aber das müsse „auf dem Boden der Realität“ und „mit den Menschen“ umgesetzt werden. Sogar 2023 hatten



Finanzminister Dr. Heiko Geue



Petra Federau (AfD)



Stephan J. Reuken (AfD)

81,5 % der in Deutschland neu zugelassenen Fahrzeuge einen Verbrennungsmotor, gab der Abgeordnete zu bedenken. Denn hohe Preise und die fehlende Ladeinfrastruktur erschweren den Umstieg auf ein Elektroauto. Darum sei der „Kern“ dieser Aussprache, dass ein Verbrennerverbot ab 2035 zu früh käme und Technologieoffenheit darüber hinaus notwendig bleibe. Niemand könne voraussehen, wie schnell neue Technologien zur Emissionsfreiheit beitragen, gab Daniel Peters zu bedenken. Schon heute an einer „Verbotsarie“ festzuhalten, versperre den Blick auf die Entwicklung von regenerativen Kraftstoffen oder mit grünem Strom hergestellte synthetische E-Fuels.

„Faktisch gibt es auf EU-Ebene keine Regelung zu einem Verbrennerverbot“, stellte Finanzminister **Dr. Heiko Geue** (SPD) voran. Vielmehr sollen ab 2035 nur noch „emissionsfreie Fahrzeuge technologieoffen zugelassen werden dürfen“, ordnete der Minister ein. Technologieoffenheit schließe „alternative, klimaneutrale Antriebe“ ein. Zudem beziehe sich die Regelung nur auf Neukäufe ab 2035 und nicht auf den Fahrzeugbestand. Seiner Ansicht nach sei durch das „Hochlaufen der Elektromobilität in Asien“ die Technologieentscheidung „längst“ auf dem Weltmarkt getroffen worden. Denn E-Fuels wiesen einen deutlich schlechteren Wirkungsgrad im Vergleich zu Elektroautos auf, merkte Dr. Geue an. Hinzu kämen Vorteile, wenn das E-Auto „als Teil des Stromsystems und des Energiesystems“ betrachtet werde. Die im

Aufbau befindliche flächendeckende Schnellladeinfrastruktur werde gerade in MV ein „echter Gamechanger“ werden, versicherte der Minister.

Die AfD habe sich von Anbeginn und „auf allen politischen Ebenen“ für die Rücknahme des „faktischen Verbots“ von Verbrennungsmotoren für Kraftfahrzeuge in der EU eingesetzt, betonte **Petra Federau** (AfD). Wenn die CDU tatsächlich gegen das Verbot wäre, würde sie es mit Anträgen und ihrem Abstimmungsverhalten „auf allen relevanten parlamentarischen Ebenen“ zeigen. Die Abgeordnete erinnerte an die Zeit von Bundeskanzlerin Angela Merkel, als die Politik vom deutschen Automobilsektor Investitionen in Elektroautos forderte. So säge man sich den Ast ab, auf dem man sitze, ergänzte **Stephan J. Reuken** (AfD) den Debattenbeitrag seiner Fraktion. Eine Hochtechnologie, in der Deutschland „Weltmarktführer“ sei, solle verboten werden, während Schwellenländer mit ihrer „rapide“ steigenden Nachfrage für Mobilität dann einfach auf billigere, weniger effiziente Motoren zurückgriffen, „die eben anderswo hergestellt werden, deren Wertschöpfung andere einstreichen“.

Über das Ende des Verbrennungsmotors entscheide nicht ein Landtag, hielt **Daniel Seiffert** (DIE LINKE) dagegen. Alle hier angesprochenen Entscheidungen betreffen die EU-Ebene und allein neue Pkw. Wie Ausnahmen für E-Fuels aussehen sollen, werde bis zum Herbst geregelt, denn das neue Europaparlament werde sich dem



Daniel Seiffert (DIE LINKE)

Thema wieder widmen müssen. Zwar stellten E-Fuels, Biogas, Methanol sowie Biokraftstoffe Alternativen zu Benzin, Diesel und Kerosin dar, seien aber „aufgrund der Verfügbarkeit und der Kosten“ weniger für Pkw geeignet. Natürlich spielten die Kosten für die Anschaffung von Elektroautos und Strom eine „ganz große Rolle“. Doch richteten sich die Automobilunternehmen längst darauf ein. „Was sie jetzt nicht brauchen, ist ein ständiges Rin in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln“, formulierte der Abgeordnete. Ihm schiene, der CDU ginge es mit der heutigen Aussprache „um Stimmungsmache“. Das könne er nicht ernst nehmen.

„Wenn es eine serienreife Technik gibt, die einer anderen überlegen ist“, führte **Jutta Wegner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) aus und wenn es um die Klimaneutralität ginge, „dann wäre es doch



Jutta Wegner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

umweltpolitischer Wahnsinn, auf eine Technologie zu warten, die noch in den Kinderschuhen steckt“. Hinter dem „Predigen der Technologieoffenheit“ verberge sich „die Unfähigkeit oder die Angst, sich festzulegen und politisch zu gestalten“, richtete die Abgeordnete an die CDU.

„Es gibt kein Verbrennerverbot“, komplettierte **Hannes Damm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) die Ausführungen seiner Parteikollegin. „Lediglich Nettoemissionen durch Pkw müssen in Zukunft unterbleiben, egal durch welche Technologie das realisiert wird“, präziserte der Abgeordnete. Der E-Antrieb könne inzwischen auf „schadstofffreie günstige Batterien zurückgreifen“, aber es gebe auch die Alternative Wasserstoff, argumentierte Hannes Damm. Sogar im Anschaffungspreis „in quasi allen Pkw-Klassen“ schlagen E-Autos heute Verbrenner. Zusammen mit einer Fotovoltaik-Anlage könne das Fahren mit dem Elektroauto „geradezu lächerlich billig“ werden, zeigte sich der Abgeordnete überzeugt.

**David Wulff** (FDP) pflichtete bei, dass die Wirtschaft Klarheit brauche. Er hielt diese Aussprache für „inhaltlich gut und völlig richtig“. Die CDU habe die FDP „voll auf ihrer Seite“. Bei diesem Thema drehe es sich um die „ganz zentrale Frage“, ob mehr „Erfindergeist und Innovation“ oder mehr „politische Vorgaben“ zum Tragen kämen. Deutschland brauche keinen „Kulturkampf“ gegen Autofahrer, sondern eine E-Fuel-Technologie für die bestehenden Flotten. Dann könne „klare Klimapolitik“ betrieben werden, ohne



Hannes Damm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dass „die Individualität“ oder die „Mobilität der Menschen“ im Land eingeschränkt werden. Eine Festlegung auf eine Technologie heute schließe doch mögliche „Technologiesprünge“ auf anderen Gebieten von vornherein aus. Das sei nicht das, was die FDP wolle. „Unsere Unterstützung als FDP haben sie“, vergewisserte der Abgeordnete der CDU, auch dafür, der EU-Kommissionspräsidentin „Beine zu machen“.

Ein emissionsfreier Treibstoff, mit dem alte Verbrennermotoren weiter betrieben werden könnten, das „klingt absolut super“, ging **Marcel Falk** (SPD) auf seinen Vorredner ein. Doch die Herstellung von E-Fuels benötige „Unmengen an Energie“, setzte der Abgeordnete fort. Die CDU verstehe unter Technologieoffenheit, „dass man mit ganz viel Subvention einer alten Technologie wie dem Verbrennermotor künstlich mehr Lebenszeit geben möchte“. Am Ende stelle sich die Frage, welcher Automobilhersteller überhaupt noch Fahrzeuge mit Verbrennermotoren ausrüsten möchte. Nach seiner Überzeugung habe sich die Branche mit den Ausstiegsszenarien beim Verbrenner abgefunden, „die Mehrheit der Kunden übrigens auch“. Denn den Menschen sei letztendlich wichtig, „dass individuelle Mobilität auch in Zukunft bezahlbar bleibt“. Das werde kaum mit E-Fuels, die deutlich über 2 Euro pro Liter kosten werden, gelingen, „mit bezahlbaren Elektrofahrzeugen schon“, konterte der Abgeordnete.

**Daniel Peters** (CDU) wollte am Ende der Debatte unterstreichen, dass nie-



Marcel Falk (SPD)



Daniel Peters (CDU)

mand in der Unionsfraktion die Entwicklung der E-Mobilität „abwürgen“ wolle. „Andersherum wird ein Schuh draus“, bekräftigte der Abgeordnete. Die CDU wolle mit der Aussprache verdeutlichen, dass es 2035 keine emissionsfreie Antriebstechnik geben werde, die für alle Menschen in MV oder in Deutschland „zugänglich sein wird, aus finanziellen Gründen oder aus welchen Gründen auch immer“. Er nehme wahr, dass Elektroautos die Wahl der Besserverdienenden sei. Natürlich müsse Politik regulieren, aber doch nicht bei Technologie oder Wissenschaft. Daniel Peters wagte nicht zu prognostizieren, „welche Technologien in 15 oder 20 Jahren bestimmend sein werden“. Eine politische Orientierung auf 2035 bremse daher nur.

# Debatte über Unterbringung von Flüchtlingen

Landesregierung verweist auf zahlreiche Programme

**Die Unterbringung von Geflüchteten stellt die Kommunen vor Herausforderungen. Mitunter führt dies zu Protesten wie beispielsweise in Upahl (Nordwestmecklenburg). Die Landesregierung hat nach eigener Darstellung viele unterstützende Programme, für die FDP reichen diese aber nicht aus. Unter anderem fordert die FDP die Erweiterung der Kapazitäten der Erstaufnahmeeinrichtungen.**

Bei der Unterbringung von Flüchtlingen in MV werden nach Ansicht des Fraktionsvorsitzenden der FDP, **René Domke**, endlich tragfähige Lösungen gebraucht. Die bisherigen Maßnahmen der Bundesregierung und der EU zur Steuerung der Migration zeigten zwar erste Erfolge. „Aber man muss auch zugeben: Es dauert doch einfach zu lange, weil sich an der Situation vor Ort wenig geändert hat.“ Dabei griff er die rot-rote Regierungskoalition scharf an: „Auch Sie müssen in der Realität ankommen.“ Es gebe immer mehr Landräte oder Kommunen, die sagen, dass es so nicht mehr weitergehen könne. Die Politik der Landesregierung führe dazu, dass dem Populismus Tür und Tor geöffnet wird. Es würden Ängste und Vorbehalte geschürt, kritisierte Domke. Dabei sei gerade MV auf die Zuwanderung von Fach- und Arbeitskräften angewiesen. Es gebe inzwischen allerdings ausländische Investoren, die einen großen Bogen um Bundesländer machen, in denen ihre ausländischen Fachkräfte auf ein fremdenfeindliches Milieu stoßen. Domke forderte eine umgehende Erweiterung der Kapazitäten der Erstaufnahmeeinrichtungen, um gewährleisten zu können, dass eine Verteilung auf die Kommunen erst erfolgt, wenn über eine gesicherte Bleibeperspektive entschieden ist. Auch müssten die Gerichte personell besser ausgestattet werden, damit schnelle und rechtssichere Anerkennungsverfahren möglich sind.

„Wir sind längst umfänglich im Handeln und ja, nichts davon lässt sich herbeizaubern“, entgegnete Innenminister **Christian Pegel** (SPD). Das erste Ziel sei, dass in Deutschland und Europa weniger Migranten ankommen. „Das ist ein Ziel, das ein Bundesland nur begrenzt alleine verfolgen kann.“ Zudem

sei es gelungen, einen europäischen Konsens über neue Bedingungen für die Zuwanderung herbeizuführen. „Wir werden nicht umhinkommen, konsequent zurückzuführen. Das ist aber bei vielen rechtsstaatlichen Fragen nicht ganz ohne“, sagte Pegel. Im Mai dieses Jahres sei bereits die Zahl an Rückführungen des gesamten Vorjahres erreicht worden. „Nach der Corona-Pandemie kommen wir wieder in einen Rhythmus, der zu höheren Rückführungen führt.“ Die Regierung erleichtere den Umgang der Kommunen mit den Migranten beispielsweise mit dem Versuch, die Bezahlkarte umzusetzen, sagte Pegel. „Die Ausschreibung läuft.“ Er betonte, dass dabei die gleichen Bedingungen gelten werden wie sie bundesweit vereinbart wurden. Das Land übernehme sämtliche Kosten, die den Kommunen im Zusammenhang mit den Gemeinschaftsunterkünften entstehen.

„Wir laufen in die strukturelle Überforderung hinein“, erklärte **Jan-Phillip Tadsen** (AfD). Diese Überforderung müsse politisch und mit konkreten Maßnahmen angegangen werden. Dies sei der Ansatz der AfD, der immer deutlicher notwendig wird. Tadsen verwies auf das Ergebnis der Europawahlen. „Gerade in Ostdeutschland haben wir ein Erdbeben erfahren.“ Die Migrationspolitik der Bundesregierung sei abgewählt worden. Dabei sei der von Pegel angeführte europäische Konsens nicht tragfähig, denn nur ein sehr begrenzter Teil der ankommenden Menschen könne zurückgewiesen werden. „Wir müssen den subsidiären Schutz von Personen aus Afghanistan und Syrien ganz klar in Frage stellen.“ Stattdessen müssten die Lösungen in den Konfliktregionen hergestellt werden. [Anm. Red.: Der subsidiäre Schutz greift ein, wenn kein

Flüchtlingsschutz oder Asyl gewährt werden kann und den Betroffenen bei Abschiebung im Herkunftsland ernsthafter Schaden droht.] Wie Tadsen weiter ausführte, hätte die überforderte kommunale Ebene kaum eine rechtliche Chance, sich gegen eine arrogante Verantwortungsriege der Sozialdemokratie zu wehren. Die Stimmung sei inzwischen vielerorts gekippt. Der Ansatz der FDP, weitere Plätze in Erstaufnahmeeinrichtungen zu schaffen, sei dabei nicht zielführend. „Die Menschen kommen doch trotzdem in die Kommunen.“ Das bringe höchstens eine kleine zeitliche Verzögerung. „Das ist nicht nachhaltig.“

„Für die Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen gibt es in den Erstaufnahmeeinrichtungen und in den Kommunen in unserem Land und deutschlandweit immer weniger Platz“, sagte **Ann Christin von Allwörden** (CDU). Deshalb müssten Bund und Land dafür sorgen, dass die kommunale Ebene besser unterstützt wird. Die Kapazitäten der Erstaufnahmeeinrichtungen würden von 1200 auf 2400 verdoppelt. Die Kapazitätserweiterung sei notwendig, könne aber kein Modell der Zukunft sein. Die CDU habe wiederholt gefordert, dass Asylverfahren generell in Drittstaaten außerhalb der EU geprüft werden. Die Grundlage für die dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen mit Bleibeperspektive in Kommunen zu schaffen, Kommunen bei der Wohnungssuche unterstützen und die Wohnraumschaffung zu fördern, seien gute Ideen im FDP-Antrag. Lösungen würden die Liberalen allerdings nicht anbieten, bedauerte von Allwörden. Die Infrastruktur, die Sprachkurse oder die Schul- und Integrationsangebote seien nicht ausreichend. „Die Kommunen in MV sind weder der Ort, an dem über die Migrationspolitik der Bundesrepublik Deutschland entschieden wird, noch sind sie die Orte, an denen die Fehlentscheidungen korrigiert werden sollten“, erklärte die CDU-Politikerin.

**Michael Noetzel** (DIE LINKE) verwies darauf, dass MV als eines von zwei Bundesländern den Kommunen vollständig

die Kosten für die Aufnahme Geflüchteter erstatte. „Das Land baut die Erstaufnahmeeinrichtungen aus und das Land hat eine Wohnbauförderung aufgelegt und umgesetzt.“ MV sei darüber hinaus in ständigem Kontakt mit den Landkreisen und kreisfreien Städten. „Die Aufnahme geflüchteter Menschen ist keine Sache des guten Willens, sie ist unsere rechtliche, aber auch moralische und humanitäre Pflicht, der wir uns nicht verweigern können und sollten“, betonte Noetzel. Deshalb sei die Verwendung von Begriffen „irreguläre oder illegale Migration“ nicht nur irreführend und gefährlich, sondern falsch. „Denn es gibt praktisch keinen legalen Weg der Einreise für Schutzsuchende in die EU und nach Deutschland.“ Politiker sollten die Menschen durch ihre Wortwahl nicht verunsichern und Narrative vom rechten Rand weiterverbreiten, sagte Noetzel. Er appellierte an die ehrenamtlich tätigen Menschen oder Menschen mit Migrationshintergrund: „Lassen Sie sich nicht verunsichern.“ Das Ziel müsse ein demokratisches, weltoffenes, gerechtes und zukunftsfähiges MV sein.

Es sei wichtig, die Auseinandersetzung über die richtige Migrationspolitik in MV faktenbasiert zu führen, betonte die

Fraktionsvorsitzende **Constanze Oehrich** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Die FDP versuche sich mit ihrer Forderung nach Maßnahmen, die längst im Gange sind, als Macherin zu präsentieren. „Sie trägt damit aber letztlich nur zur weiteren Verschärfung des Tons bei, in dem die aktuelle migrationspolitische Debatte geführt wird.“ Prinzipielle Bedenken meldete Oehrich gegenüber der FDP-Aussage zur Unterscheidung zwischen Menschen mit und ohne Bleibeperspektive. Nur Menschen mit Bleibeperspektive sollten nach dem Willen der FDP-Fraktion an die Kommunen weiterverteilt und nur für sie sollten die Grundlagen für die sofortige dezentrale Unterbringung in den Kommunen geschaffen werden. „Der Begriff der Bleibeperspektive ist viel zu unpräzise“, sagte Oehrich. Zudem beantworte die FDP nicht die Frage, was mit den Menschen geschehen solle, die keine Bleibeperspektive haben.

Die Vorschläge der FDP tragen nach Ansicht von **Martina Tegtmeyer** (SPD) nicht zur Lösung der Probleme der Kommunen bei der Unterbringung von Flüchtlingen bei. Kritisch setzte sie sich mit der FDP-Forderung nach einer umfassenden Bestandsaufnahme der mit

Migration und Integration verbundene Problemstellungen und Chancen auseinander. „Sie tun hier so, als wenn die Landesregierung plan- und ziellos unterwegs ist. Das ist mitnichten so.“ Es sei vielmehr so, dass die FDP die kontinuierliche und geräuscharme Arbeit der Landesregierung nicht wahrnehme oder schlichtweg ignoriere. Tegtmeyer erklärte, dass MV seit Jahren das Integrationsmonitoring der Bundesländer unterstütze, das Aufschluss über den Stand der Migration und Integration in allen Ländern gebe. Sie verwies auch auf die Arbeit des Landesintegrationsbeirats, über den ein regelmäßiger themenspezifischer Austausch gewährleistet sei. Dessen Handlungsfelder seien klar definiert. Das fange an in den Erstaufnahmeeinrichtungen mit Integrations- und Flüchtlingsberatung, gehe weiter über Spracherwerb bis hin zu Familienprogrammen.

Der Antrag der FDP sowie verschiedene Änderungsanträge sowie verschiedene Einzelziffern im FDP-Antrag wurden von der Mehrheit des Landtags abgelehnt.

*Antrag der Fraktion der FDP  
– Drucksache 8/3749 –*

*mgl*

## Stiftung Klima- und Umweltschutz im Fokus

Empfehlungen des Gutachters Dr. Urban werden auch ohne Vorstandsvorsitzenden Erwin Sellering umgesetzt

Nach seinem Rücktritt vom Amt des Vorstandsvorsitzenden der „Stiftung Klima- und Umweltschutz MV“, informierte Erwin Sellering den 3. Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Klima- und Umweltstiftung, keiner Ladung mehr nachzukommen. Das wollte BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht hinnehmen und forderte in einem Antrag eine Neubesetzung durch die Ministerpräsidentin. Die Fraktion drang auch auf die Verhinderung der geplanten „Privatisierung“ der Klimastiftung. Es bestünde Grund zur Sorge, dass damit die Aufklärungsarbeit des Untersuchungsausschusses gefährdet werde. Durch „Entkopplung“ der Stiftung von staatlichem Einfluss können der Presse Auskünfte verweigert werden. Das gelte es zu verhindern.

Durch Enthaltung oder Ablehnung der anderen Fraktionen wurde das Vorhaben von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgewiesen.

Ihre Fraktion begrüße „ganz klar“ den Rücktritt von Erwin Sellering, erklärte **Constanze Oehrich** (Fraktionsvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), denn er habe die Aufklärung der „Machenschaften“ um Nord Stream 2 „massiv erschwert“. Die Ministerpräsidentin müsse nun mit einer Nachfolgeregelung „ihre Verantwortung wahrnehmen“. Ihre Fraktion halte es für „falsch“, so die Abgeordnete, dass die Stiftung gemäß dem Gutachten von Dr. Urban vom staatlichen Einfluss entkoppelt und in die Zivilgesellschaft überführt werde. Zum einen steckten in der Stiftung



*Constanze Oehrich (Fraktionsvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) begründet den Antrag ihrer Fraktion.*

200.000 Euro Stammkapital aus Steuergeldern. Die Kontrolle hierüber aufzugeben, „wäre verantwortungslos“. Zum



Innenminister Christian Pegel

anderen bedeute eine „Entkopplung“ den Verlust der öffentlichen Auskunftspflicht. „Aufklärung und Transparenz würden hinten runterfallen“, warnte Constanze Oehlich und ergänzte: „Die Klimastiftung ist ein Skandal von vorn bis hinten und darf nicht fortbestehen.“

Dem Antrag fehle die wichtigste Forderung, was er „für einen schweren Fehler“ halte, kritisierte Innenminister **Christian Pegel** (SPD) BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Denn zunächst müsse der Beschluss des Landtags vom 14. März 2024 aufgehoben werden. Mit der Drucksache 8/3464 wurde damals der Auftrag zur Überführung in die Zivilgesellschaft und Beendigung der Benennungsrechte der Ministerpräsidentin erteilt. Die dafür notwendige Änderung der Stiftungssatzung sei ein Verwaltungsverfahren der Stiftungsbehörde. Der Minister warnte „vor jedem Eindruck“, ein Landtag könne „willkürliche Einflussnahmen“ in Verwaltungsverfahren „auch nur anregen“. Weiterhin gebe es „keine Veranlassung“, ein Vorstandsmitglied zu benennen, denn die Stiftung sei mit „zwei Vorstandsmitgliedern vollumfänglich handlungsfähig“. Christian Pegel erachtete es für „wenig wirksam“, „alle zwei bis drei Monate alles erneut infrage“ zu stellen.

**Horst Förster** (AfD) ärgerte sich über die „bemerkenswerte Uneinsichtigkeit“ in den Debatten zur Klimastiftung. Nicht die Stiftung sei der „Skandal“, sondern die Grünen, die einfach unbelehrbar sind“ und nicht begriffen, „dass eine rechtskonforme Auflösung“ nicht möglich sei. Der Rücktritt von Erwin Sellering ändere daran „gar nichts“.



Horst Förster (AfD)



Ann Christin von Allwörden (CDU)

Nun schlugen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „ein neues Kapitel auf“ und wollen die Entkopplung der Stiftung vom staatlichen Einfluss verhindern. Sie bemühten dazu einzig „politische Argumente“, obwohl es sich um „eine Rechtsfrage“ handle. Allein die Stiftungsaufsicht „in Gestalt der Justizministerin“ habe eine Satzungsänderung zu entscheiden – unabhängig und nicht „als verlängerter Arm der Ministerpräsidentin und nicht als Vollstrecker von Wunschvorstellungen der verbündeten Stiftungsfeinde des Landtags“. Der Antrag „bewegt sich in einem völlig rechtsfernen Raum“, verlieh Horst Förster seinen Argumenten Nachdruck.

Der Antragsteller bezeichne die „Russland-Verbindung der Ministerpräsidentin“ zutreffend als „Russland-Connection“, stimmte **Ann Christin von Allwörden** (CDU) zu. Die Sozialdemokraten wollten nun „einen schnellen Schlussstrich“ unter diese „gescheiterte Nebenaußenpolitik“ ziehen. Das solle die Überführung



Michael Noetzel (DIE LINKE)

der Stiftung in die Zivilgesellschaft erledigen. Man wolle „privatisieren“, obwohl „privatisieren der DNA der Sozialdemokratie widerspricht“. Ihre Fraktion könne die Intention von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verstehen, dem einen „Riegel vorzuschieben“, aber sie werde sich enthalten. Es sei „schlichtweg nicht die Aufgabe der Landesregierung“, die Satzungsänderung zu stoppen. Den Rechtsanspruch auf eine Satzungsänderung „kann kein Landtagsbeschluss aufheben“. Die CDU befürworte, die jetzige Satzung für die Einsetzung eines Vorsitzenden zu nutzen, der die Stiftung letztendlich auflöse.

**Michael Noetzel** (DIE LINKE) bedauerte, dass der Landtag erneut mit „dem leidigen Thema“ der Klimastiftung konfrontiert werde. „So langsam“ frage er sich, wie sich „die grüne Opposition rechtsstaatliches Handeln“ vorstelle. Nachdem die auf „Ewigkeit“ angelegte Stiftung „offensichtlich“ nicht aufgelöst werden könne, solle die „Gewalt über die ungeliebte Stiftung“ behalten und „in dreister Art und Weise“ Einfluss auf die Stiftungsaufsicht genommen werden. „Ich halte das vorgeschlagene Vorgehen eines Parlamentes tatsächlich für unwürdig“, wurde der Abgeordnete deutlich. Erst im März sei der „demokratisch legitimierte Beschluss“ zur Überführung der Stiftung in eine zivilrechtliche Form gefasst worden. Dieser solle nun „boykottiert“ werden. Dem könne nicht zugestimmt werden. Mit Blick auf die Wahlergebnisse warnte der Abgeordnete davor,



René Domke (FDP)

demokratische Prozesse zu „untergraben“.

Für seine Fraktion stand „von Anfang an“ die „lückenlose Aufklärung“ der Vorgänge um die Klimastiftung im Fokus, erklärte **René Domke** (Fraktionsvorsitzender FDP). Es müsse „definitiv“ ergründet werden, „wie weit der Arm des Kremls“ in die Landesregierung gereicht haben könnte. Das sei der „Kern des Ganzen“ worüber gesprochen werden müsse. Er sei das „Schmierentheater“ um die Stiftung leid. Egal, ob verschwundene E-Mails, geschwärzte Akten oder eine Blockadehaltung – „genug ist genug“. Letztendlich sei es „unfassbar“, dass „Teile der Landesregierung überhaupt noch da sitzen, wo sie sitzen“, rügte der Abgeordnete. Dennoch gehe seine Fraktion bei diesem Antrag nicht mit. Die FDP sehe genug rechtliche Handhabe zur Durchsetzung der Aktenherausgabe für den Untersuchungsausschuss. Zum anderen plädierte der Abgeordnete dafür, keinen „politischen Druck auf die Stiftungsaufsicht auszuüben“, denn die Stiftungsaufsicht müsse als Exekutive „selber handeln können“.



Julian Barlen (SPD)

Obwohl es „keine relevanten Neuigkeiten“ in der Sache gebe, hob **Julian Barlen** (Fraktionsvorsitzender SPD) hervor, lasse es sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht nehmen „eine freudige Abarbeitung“ an der Klimastiftung zu betreiben. Er rief die durch die Sanktionsdrohungen der USA „historisch schlechte Situation“ ins Gedächtnis zurück und verwies auf den damaligen Konsens, sich nicht vorschreiben zu lassen, welche Infrastrukturprojekte das Land wolle. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nehme nun den Rücktritt von Erwin Sellering zum „Aufhänger“, doch dieser habe keinen „Effekt“ auf die Handlungsfähigkeit der Stiftung. Somit bleibe es dabei, den im März „gemeinsam beschlossenen Weg weiter[zugehen“ Auch stünde es der CDU frei, „den Eindruck zu nähren“, dass es darum ginge, dieses Problem als „Oppositionsritual“ „möglichst lange [...] bewundern zu können“. „Eine Aufforderung zum Rechtsbruch, das machen wir nicht mit“, unterstrich Julian Barlen die Position seiner Fraktion.

**Hannes Damm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betonte, wie wichtig es seiner Fraktion sei, die zur Aufklärung im Untersuchungsausschuss notwendigen Akten zu



Hannes Damm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

bekommen. Das habe nichts mit „Rechtsbruch“ zu tun. Zudem bleibe Erwin Sellering trotz Rücktritt bis zur Nachbesetzung „kommissarisch im Amt“ und müsse „die Vertretung nach Außen weiterhin wahrnehmen“, mahnte der Abgeordnete an. Er habe das Gefühl, dass es darum gehe, „das Ganze einfach lieber aus[zusitzen“, damit „diese Akten nicht ans Licht kommen“. Der Untersuchungsausschuss kämpfe mit „stapelweise als pauschal geheim [...] eingestuften Unterlagen“, es seien E-Mails verschwunden, beklagte der Politiker. Wenn es „eine gute Zusammenarbeit gebe und Aufklärungswillen aller Demokraten“, so wie im NSU-Untersuchungsausschuss, „dann bräuchte es solche Anträge nicht“, verteidigte Hannes Damm die Vorgehensweise seiner Fraktion.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stimmte ihrem Antrag zu. CDU und FPD enthielten sich, DIE LINKE, SPD, AfD und die fraktionslose Abgeordnete lehnten die Drucksache ab.

mye

Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– Drucksache 8/3742 –

LIVE

## WELTERBE-BEWERBUNG SCHWERINS

Entscheidung *live* miterleben

Per Live-Stream im Plenarsaal sehen Sie am 27. und 28. Juli die Beratung des UNESCO-Welterbekomitees in Neu-Delhi (Indien).

Das Internationale UNESCO Welterbe-Komitee tagt vom 21.-31.07.2024 in Neu-Delhi, Indien. Über die Schweriner Bewerbung „Residenzensemble Schwerin“ wird voraussichtlich am Samstag, 27. oder 28.07.2024, beraten. Neben dem Schweriner Schloss gehören 37 weitere Gebäude in Schwerin zur Bewerbung dazu. Seien Sie dabei und verfolgen Sie mit uns die Komitee-Sitzung – ein Informationsangebot sowie kostenfreie Schlossführungen begleiten den Live-Stream, der von 10:00 Uhr bis 14:30 Uhr im Plenarsaal gezeigt wird.

## Aktualisierung der Geschäftsordnung des Landtages

Seit Beginn der Legislaturperiode ringt das Parlament mit vollgepackten Tagesordnungen, langen Debatten und vertagten Anträgen.

Gleichzeitig befand die AfD die einstündige Befragung der Landesregierung – „ein sehr wichtiges Instrument der Opposition“ – als zu kurz. Darum wollte die Fraktion sie auf 90 Minuten verlängern. Der jetzige Landtag umfasse sechs statt zuvor vier Fraktionen, da blieben Anpassungen der Geschäftsordnung nicht aus, argumentierte die AfD.

Die nahezu gleichzeitigen Vorstöße von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Ausschusstagungen generell öffentlich abzuhalten, mündeten in einem Gemeinschaftsantrag, dem sich SPD und DIE LINKE anschlossen. Die überarbeitete Drucksache liste ein „Potpourri“ von Vorschlägen, umriss die FDP. Dazu gehörten verkürzte Redezeiten oder die Begrenzung von Interventionen, um „einfach mal früher auf den Punkt [zu] kommen“, unterstrich die Fraktion.

Die SPD sah Zeitreserven, wenn Reden zu Protokoll gegeben würden oder ein digitales Verfahren die namentliche Abstimmung übernehme. Der Fraktion war an einer Abwägung aller Vorschläge im Ausschuss gelegen.

Kürzere Redezeiten „beschnitten“ die Rechte nicht nur der Abgeordneten, sondern auch der Opposition und das halte die CDU für „bedenklich“. Warum nicht „früher anfangen“ oder einen „festen Fortsetzungstag“ einplanen.

Es ginge bei der Länge der Redezeiten um Machtpolitik, betonte DIE LINKE. „Das will wohl bedacht sein“. Darum stünden bei allen Änderungen die Stärkung der Demokratie, der „Streit um die besten Ideen“ und „praktikable“ Sitzungsabläufe im Vordergrund.

Nach Auffassung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bedürften Änderungen „einer möglichst breiten parlamentarischen Mehrheit“. Die in der Haushaltsberatung ausprobierte Budgetierung

der Redezeit habe „gut funktioniert“. Problematisch sehe die Fraktion jedoch „Sammeldrucksachen“, da diese eine „differenzierte Meinungsäußerung erschwert[en]“.

Die Überweisung des AfD-Antrages in den Rechtsausschuss wurde bei Enthaltung der FDP von allen anderen Fraktionen abgelehnt. Die Gemeinschaftsdrucksache und ein damit verbundener Änderungsantrag erhielten bei Ablehnung der CDU und Enthaltung der AfD das Votum der Antragsteller zur Überweisung.

*Antrag FDP, SPD, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*

*– Drucksache 8/3747(neu) –  
hierzu*

*Änderungsantrag SPD, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP*

*– Drucksache 8/3810 –  
in Verbindung mit:*

*Antrag AfD*

*– Drucksache 8/2093 –*

## Mehr Windkraft braucht Bürgerakzeptanz



Foto: nordreport

Erneuerbare Energien sind das Kernstück der Energiewende. Dafür rotieren in MV bereits fast 1.900 Windkraftanlagen. Bis 2032 müssten es zur Erreichung der Flächenziele 5.000 werden. Ohne Akzeptanz in der Bevölkerung werde dies misslingen, sorgte sich die CDU. Selbst das bestehende Bürger- und Gemeindenbeteiligungsgesetz (BüGem-beteilG M-V, kurz: BüGem) sei hier nicht hilfreich. Das liege zum einen an der „ungerechten Verteilung“ der Gewinne, aber auch am fehlenden Mitspracherecht der Bürger, schlussfolgerte die CDU. Sie regte eine einfachere Bürgerbeteiligung und ohne Kapitaleinsatz

an. Ferner solle Einwohnern im Umkreis von Wind- oder Solaranlagen ein direkter finanzieller Vorteil entstehen.

„Wir sind dabei“, begrüßte Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD) die CDU-Initiative. Er bestätigte, dass eine Novellierung des BüGem in Arbeit sei und dem Landtag im Herbst vorgelegt werde.

Die meisten Bürger wollen keine weiteren „Windindustrieanlagen“, sondern Wind und Sonne als „maßvolle Ergänzung“ zur Kernenergie, lehnte die AfD den Antrag ab.

Das BüGem ist „überkomplex und anwenderfeindlich“ stimmte BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der CDU zu. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN könne den Antrag mittragen, sollten ihre Änderungen zur höheren Vergütung und „risikofreien“ Bürgerbeteiligung akzeptiert werden. Der Ansatz der CDU sei „gar nicht so schlecht“, urteilte die FDP, bevorzugte aber eine weitere Beratung im Wirtschafts- und Innenausschuss. SPD und DIE LINKE lobten die Ideen der CDU, verwehrten sich aber dem Antrag

als auch einer Überweisung. Sie verwiesen auf die kommende BüGem-Novelle, die Gelegenheit zur Diskussion geben werde. Darauf wollten sich CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht einlassen und appellierten eindringlich an die Koalition, doch wenigstens zu überweisen. Nach einer Unterbrechung der Debatte und internen Konsultation beantragte die SPD die Vertagung der weiteren Aussprache. So könnten die Novelle und die Anträge später zusammen beraten werden.

Der CDU-Antrag und der Änderungsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurden bei Enthaltung der AfD sowie der fraktionslosen Abgeordneten, aber mit Zustimmung aller anderen vertagt. Das sei ein „Novum“ gewesen und somit wurde Geschichte geschrieben, kommentierte die Präsidentin des Landtages, Birgit Hesse (SPD), die Vorgehensweise.

*Antrag CDU Drucksache 8/3752*

*Änderungsantrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 8/3824*

## DigitalPakt Schule konsequent fortsetzen



Mithilfe des Bund-Länder-Förderprogramms DigitalPakt Schule konnten zahlreiche Schulen in MV mit digitaler Technik ausgestattet werden. *Foto: nordreport*

Dank des Bund-Länder-Förderprogramms DigitalPakt Schule 1.0 haben Schulen ihre digitale Ausstattung erheblich verbessern können: Schnelles Internet, Lernplattformen, digitale Whiteboards und Bildungsmedien sowie mobile Endgeräte entsprechen professionellem Lehren und Lernen. Nun müsse die nächste Stufe einer „nachhaltigen und flächendeckenden Bildungsinfrastruktur“ vorangetrieben werden, begründeten die Regierungsfaktionen ihren Antrag zum DigitalPakt Schule 2.0. Dazu verwies die SPD auf den im Ampel-Koalitionsvertrag festgeschriebenen DigitalPakt. Die laufenden Verhandlungen mit dem Bund gestalteten sich aber „zäh“, betonte DIE LINKE. Ein Votum des Landtags solle darum ein „starkes Signal“ nach Berlin senden. Andere Länder haben dies bereits getan.

Innenminister Christian Pegel (SPD) hielt das „Timing“ des Antrages für „richtig“, damit der Bund „klar Farbe“ bekenne. Es dürfe keinen „Investitionsstopp“ bei den innovativen Grundlagen für die flächendeckende Digitalisierung „in, für und mit den Schulen“ geben. Obwohl alle Fraktionen den Digitalpakt begrüßten, kritisierten AfD, CDU und FDP, dass sich die Regierungsfaktionen „Selbstverständliches“ „abnicken“ ließen. Warum werde

jetzt erst „Dampf“ gemacht, äußerte die CDU ihr Unverständnis.

Zudem betonten CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass Bildungspolitik Landespolitik sei. Sollten die Mittel des Bundes nicht ausreichen, bliebe die Finanzierung „Aufgabe“ des Landes, richtete BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an die Antragssteller.

Die AfD wisse um die Schwierigkeiten der Verhandlungen, aber weshalb könne die Landesregierung „nicht einfach“ ihrer „Regierungspflicht“ nachkommen. Eine bessere und digital unterstützte Bildung sei im Interesse der FDP. Allerdings müsse das mit einem „fundierten Konzept“ untermauert werden. Der Antrag helfe dabei wenig.

In der von der CDU beantragten ziffernweisen Abstimmung stimmte die CDU mit DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Ziffer I Nummer 1, aber enthielt sich bei Ziffer I Nummer 2 und Ziffer II. FDP, AfD und die fraktionslose Abgeordnete lehnten alle Ziffern ab. Mit den durchgehenden Ja-Stimmen von DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde der Antrag angenommen.

Antrag DIE LINKE, SPD  
Drucksache 8/3745

## FDP will weniger Bürokratie in Krankenhäusern

MV soll nach dem Willen der FDP-Fraktion die Chance ergreifen, die Krankenhausreform und den Bürokratieabbau gemeinsam zu entwickeln. Das Krankenhauswesen sei vollgestopft mit überbordenden Dokumentationspflichten, betonte Barbara Becker-Hornickel (FDP). Das gelte auch für die Anwerbung ausländischer Fachkräfte. Wissenschaftsministerin Bettina Martin (SPD) versicherte im Namen von Sozialministerin Stefanie Drese (SPD), dass der notwendige Bürokratieabbau bei der Krankenhausreform vor allem im ländlichen Raum eines der zentralen Themen sei. Dabei liege es hauptsächlich am Bund, die Bürokratie einzuschränken. Der AfD-Abgeordnete Thomas de Jesus Fernandes kritisierte, dass die Krankenhausreform noch immer nicht in Kraft getreten sei. Die Kliniken stünden nun alleine da, wüssten nicht, welche Finanzen künftig zur Verfügung stehen und bauten ihre Rücklagen ab. Der Abbau der Bürokratie sei ein wichtiger Ansatzpunkt für Einsparungen. Die CDU-Fraktion teile die Kritik der FDP-Fraktion an der Krankenhausreform, sagte Katy Hoffmeister (CDU). Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) versuche, seine unausgereifte Reform mit aller Macht durchzudrücken. Diese Reform dürfe „kein neues Versuchskaninchen“ des Ministers werden. Für DIE LINKE sei es ein zentraler Punkt der Politik, die Qualität der medizinischen Versorgung zu halten und weiter zu verbessern, sagte Torsten Koplin (DIE LINKE). Die Ökonomisierung der Kliniken müsse begrenzt werden. Die Überlegung der FDP, die Krankenhausreform mit Bürokratieabbau zu verbinden, sei grundsätzlich richtig, betonte Dr. Harald Terpe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Allerdings bleibe die FDP sehr unkonkret. Für ihn biete die Krankenhausreform große Chancen. Christine Klingohr (SPD) verwies auf die einstimmig beschlossene Stellungnahme der Bundesländer zur Krankenhausreform. Darin gebe es neun konkrete Vorschläge zur Gesetzesänderung. Der im FDP-Antrag formulierte Auftrag sei bereits in guten Händen. Der Antrag der FDP wurde bei Zustimmung von FDP, CDU, AfD und der fraktionslosen Abgeordneten, Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Gegenstimmen von SPD und DIE LINKE abgelehnt.

Antrag der FDP  
Drucksache 8/3748

## AfD fordert besseren Brandschutz für Windkraftanlagen



Die AfD möchte die Betreiber von Windkraftanlagen an den Kosten des Brandschutzes der Anlagen beteiligen. *Foto: nordreport*

Angesichts mehrerer Brände von Windkraftanlagen hat die AfD-Fraktion eine Entlastung der Kommunen bei der Sicherstellung des Brandschutzes gefordert. „Wir müssen unsere Feuerwehren besser ausstatten“, sagte der AfD-Abgeordnete Enrico Schult. Die Betreiber der Windkraftanlagen müssten verpflichtet werden, sich an den Kosten

des Brandschutzes zu beteiligen. Für Innenminister Christian Pegel liegt die Motivation des Antrags weniger im Brandschutz, sondern im Agitieren gegen die Erneuerbaren Energien. Er stellte fest, dass Einsatzlagen der Freiwilligen Feuerwehren bei Windkraftanlagen „einen kleinsten Bruchteil der Einsätze“ darstellen. Die Brände seien allerdings medienwirksam und führten zu Bildern mit weiter Verbreitung. Marc Reinhardt (CDU) verwies auf die kommunalen Brandschutzbedarfspläne, die alle Risiken betrachteten, unter anderem auch von Solar- und Windkraftanlagen. „Diese werden alle fünf Jahre überarbeitet.“ Das meiste von dem, was die AfD fordere, sei bereits geregelt. Die AfD verunglimpfe die Windkraft als Unheilbringer, erklärte Dirk Bruhn (DIE LINKE). „Der Klimawandel erhöht das Risiko für Brände an Windanlagen und nicht der Ausbau der Windenergie.“ Blitze seien oft für Brände von Windrädern verantwortlich. Durch den Klimawandel und erhöhte Temperaturen werde die Anzahl der Blitze gesteigert. Nach Aus-

sage von Hannes Damm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) werden die Kommunen nicht alleine gelassen, sondern unfähig am Verfahren beteiligt. Auch stimme es nicht, dass die Finanzierung des Brandschutzes nicht gewährleistet sei. Die Kommunen würden hohe Erträge über die Gewerbesteuer erzielen. Nach Ansicht von David Wulff (FDP) zeige der Antrag nicht, worin die besondere Gefahrenlage bei Windkraftanlagen bestehe. Zudem schreibe die AfD nicht, wie der Brandschutz aussehen soll. „Sollen unsere Feuerwehrleute mit 60 Kilogramm Ausrüstung die 90 Meter Leiter hochlaufen?“ „Es geht darum, die Windkraft zu verteufeln und es geht darum, Ängste in der Bevölkerung zu schüren. Das ist das einzige Ziel“, bewertete Ralf Mucha (SPD) den AfD-Antrag.

*Der Antrag wurde bei Zustimmung der AfD-Fraktion und der fraktionslosen Abgeordneten und Gegenstimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt.*

*Antrag der Fraktion der AfD  
Drucksache 8/3755*

## Forderung nach Nachhaltigkeitsstrategie

Die Landesregierung hat nach Einschätzung von Dr. Harald Terpe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) keine Strategie, um Klima und Umwelt zu schützen und gleichzeitig sozialen Zusammenhalt und wirtschaftliche Stärke zu entwickeln. „Richtschnur für eine solche Strategie ist die internationale Agenda 2030.“ Die Vereinten Nationen geben darin 17 Nachhaltigkeitsziele vor. Agrar- und Umweltminister Till Backhaus (SPD) versicherte, dass er diese 17 Ziele verinnerlicht habe und auch die Landesregierung daran arbeite. Als Beispiel nannte der Minister die Landeswasserstrategie. „Die ist fertiggestellt und kommt in den nächsten Tagen in die erste Lesung ins Kabinett.“ Thore Stein (AfD) warf den Grünen vor, mit ihrem Antrag nur Bekenntnisse zu Papier

zu bringen. Wie diese Ziele umzusetzen und zu finanzieren sind, blieben sie schuldig. Gleichzeitig seien die 17 Nachhaltigkeitsziele zu allgemein gehalten. Dr. Sylva Rahm-Präger (SPD) verwies auf einen Beschluss des Bundeskabinetts zur Umsetzung der 17 Nachhaltigkeitsziele in der vergangenen Woche. „Das ist eine erste umfangreiche Problemanalyse aller Nachhaltigkeitsziele.“ Es lohne sich, diese 50 Seiten zu lesen. Die grüne Fraktion wolle mit ihrem Antrag ihre Ideologie auch in MV ins Parlament bringen, sagte Thomas Diener (CDU). „Offensichtlich handelt es sich dabei um einen weiteren Versuch, die Belastbarkeit von Menschen oder Wirtschaft bei uns zu testen.“ Der Bogen werde aber überspannt. Daniel Seiffert (DIE LINKE) wies die Meinung

der Grünen, dass die bisherigen Aktivitäten der Landesregierung unzureichend wären, zurück. Zudem sei die im Antrag vertretene Haltung unkonkret und nicht faktenbasiert. Die enormen Anstrengungen der Landesregierung würden ignoriert. Für die FDP sind die 17 Nachhaltigkeitsziele genauso wichtig wie solide Staatsfinanzen, erklärte Sandy van Baal (FDP). Denn Nachhaltigkeit bestehe neben Ökologie und Sozialem vor allem aus dem Faktor der Ökonomie. Der Antrag wurde bei Zustimmung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Gegenstimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt.

*Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 8/3740*

## MUSIKALISCHE SCHLOSSFÜHRUNG

Wandelkonzert zum Erleben  
besonderer Klangräume des Schweriner Schlosses

### Anmeldung unter:

Besucherdienst des Landtages | Tel. 0385 525 2199 | [besucherdienst@landtag-mv.de](mailto:besucherdienst@landtag-mv.de)

AM 19.9.2024  
18:30 UHR

Ticket: 30,00 Euro p.P.

Der Donnerstag einer Landtags-Sitzungswoche beginnt in der Regel mit der Befragung der Landesregierung. Hierfür benennen die Abgeordneten, die eine Frage stellen wollen, im Vorfeld den Geschäftsbereich sowie das jeweilige Themengebiet ihrer Frage. Somit haben die betreffende Ministerin oder der betreffende Minister die Möglichkeit, sich vorzubereiten. Die tatsächliche Frage stellt ihnen der oder die Abgeordnete im Rahmen der Fragestunde.



Ministerin Bettina Martin

## Finanzielle Unterstützung der Migrationsberatung

**Dr. Harald Terpe**, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Frau Präsidentin! Frau Ministerin! Ich stelle folgende Frage und mache dazu eine kurze Einleitung. Die Migrationsberatung für erwachsene Zugewanderte unterstützt zugewanderte Personen ab 27 Jahren und ihre Kinder. Sie berät zu allen Fragen rund um Wohnung, Familie, vermittelt Deutschkurse, gibt Rat zu Schulabschlüssen, Gesundheit und Behörden.

Nachdem der Bund Kürzungen beschlossen hat, sind die Migrationsberatungen auf zusätzliche Landesmittel angewiesen, um ihren wichtigen Beitrag zur Integration weiter leisten zu können. Die Frage, die ich dazu stelle: Welche konkreten Maßnahmen plant die Landesregierung zur finanziellen Unterstützung der Migrationsberatung?

**Ministerin Bettina Martin:** Einen schönen guten Morgen an die Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Präsidentin!



Dr. Harald Terpe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lieber Herr Terpe, Sie haben es erwähnt, es gibt ja einerseits die Migrationsberatungsstellen für Erwachsene – die MBE – und gleichzeitig auch die Jugendmigrationsdienste. Beide sind, werden vom Bund gefördert. Das Land ergänzt diese durch die Migrationssozialberatungsstellen, die durchs Land gefördert werden. Insofern, das ist die Struktur. Sowohl die Migrationsberatung als auch die ergänzenden Migrationssozialberatungsstellen arbeiten aufgrund der anhaltend großen Anzahl an Zugewanderten an der Belastungsgrenze und

sind hoch frequentiert. Um Angebote der Migrationsberatung im gesamten Bundesland zu strukturieren und regionale Bedarfe, die ja auch unterschiedlich sind, adäquat zu berücksichtigen, stimmt sich das Land mit dem Bund ab. Allerdings sind die landesseitigen Möglichkeiten da sehr begrenzt.

Und Sie haben es gerade gesagt, die Migrationsberatung in 22 wurde mit 76 Millionen gefördert und dann trotz der ansteigenden Nachfrage zunächst auf 57 Millionen gekürzt, zum Glück aber am Ende dann ja doch noch mal auf 81 Millionen/81,5 Millionen aufgestockt. Für 24 waren zunächst 57 Millionen geplant – also auch eine Absenkung trotz steigender Bedarfe –, und letztendlich wurde der Bundeshaushalt 24 im Februar vom Bundestag und Bundesrat mit einem Budget von 77,5, also schon ein bisschen unter dem Ansatz des Vorjahres, verabschiedet, aber trotzdem noch mal aufgestockt im Vergleich zu der Planung.

In Mecklenburg-Vorpommern hat die unklare Finanzierungslage für die Träger zu Kollateralschäden geführt. Diese konnten landesseitig schwer ausgeglichen werden, sodass in der Hansestadt Rostock eine und in der Mecklenburgischen Seenplatte sogar zwei bundesseitig geförderte Beratungsstellen kurzfristig ihre Beratungen eingestellt haben. Und angesichts der unsicheren finanziellen Ausstattung der bundesseitig geförderten Migrationsberatungsangebote hat sich M-V als Vorsitzland bei der 19. Integrationsministerkonferenz 2024 im März in Rostock mit dem TOP „Migrationsberatung zukunftssicher aufstellen“ für eine bundesseitig auskömmliche Ausstattung und sichere Finanzierung eingesetzt. Angesichts der regionalen Verteilungsprobleme wurde eindringlich an den Bund appelliert, die Länder verstärkt bei der Ermittlung und Steuerung regionaler Bedarfe einzubinden. Der Antrag wurde einstimmig verabschiedet.

Durch die aktuelle Bundesförderung können im Schnitt zwei Vollzeitkräfte pro Landkreis Migrationsberatung anbieten. Durch die hohe Bedarfslage ist dies bereits knapp kalkuliert und würde durch weitere Kürzungen des Bundes

zwangsläufig zu einer Überlastung der verbleibenden landesseitigen Beratungsstellen führen. – Vielleicht belasse ich es erst mal hier.

**Präsidentin Birgit Hesse:** Herr Dr. Terpe, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

**Dr. Harald Terpe,** BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, ich stelle sie zur Sicherheit doch noch mal, obwohl ich glaube, Sie haben sie schon „kollateral“ mit beantwortet, nämlich die Frage danach, ob die Beratungsangebote ausreichend sind oder ob Sie prinzipiell weitere Bedarfe ohnehin sehen?

**Ministerin Bettina Martin:** Das Sozialministerium sieht durchaus einen erhöhten Beratungsbedarf und weist auch darauf hin, dass es ja im ländlichen Raum vor allen Dingen die Beratungsstrukturen besser einzubinden gilt und ab 2025 mithilfe von Mitteln des Europäischen Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds ein Modellprojekt für digitale Streetworkprojekte geben soll, die kofinanziert werden. Und diese Digitalisierung werden wir natürlich auch mit im Blick haben und begleiten. Digitale Angebote sollen zukünftig regionale Angebote ergänzen, aber nicht komplett ersetzen.

## Situation der Pflegebedürftigen in MV

**Barbara Becker-Hornickel,** FDP: Einen schönen guten Morgen, sehr geehrte Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Ja, ich habe eine Frage zu den Dingen, die auch einen großen Raum in der Presse eingenommen haben, gerade im Bereich der Pflege. Am 27. Mai sagte Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach, dass es wohl einen – was weiß ich – Fehler gegeben hat, dass mit dem Zuwachs von Pflegebedürftigen von rund 50.000 Personen in Deutschland, dass das nicht stimmt. Tatsächlich beträgt das Plus über 360.000 zusätzliche Pflegebedürftige, und er spricht von einem explosionsartigen Anstieg der Anzahl, ja, und einem akuten Problem in der Pflegeversicherung.



Barbara Becker-Hornickel (FDP)

Meine Frage lautet daher: Wie sind die Zahlen für Mecklenburg-Vorpommern tatsächlich und welche Auswirkungen wird die Fehleinschätzung des Bundesgesundheitsministeriums auf die Situation der Pflegebedürftigen im Land haben?

**Ministerin Bettina Martin:** Auch in Mecklenburg-Vorpommern sind natürlich die Folgen des demografischen Wandels gerade im pflegerischen Bereich sehr eklatant zu beobachten. Es gibt noch andere Einflussfaktoren, die genannt werden: eine Erhöhung der Anzahl von Begutachtungsverfahren des Medizinischen Dienstes zur Feststellung der Pflegebedürftigkeit oder auch die Nachwirkung der Corona-Pandemie. Allerdings liegen hierzu keine validen Daten vor. Gleichwohl kann nach den bisherigen Erkenntnissen in Mecklenburg-Vorpommern nicht davon ausgegangen werden, dass es sich um einen – wie Minister Lauterbach formulierte – explosionsartigen und somit überraschenden Anstieg von Pflegebedürftigen handelt.

Das Statistische Amt in M-V liefert die letzten Daten aus 2021. In diesem Jahr wurden 122.866 Pflegebedürftige erfasst. Erfasst werden dabei Personen, die Leistungen nach dem SGB XI erhalten. Generelle Voraussetzung für die Erfassung als Pflegebedürftige oder Pflegebedürftiger ist die Entscheidung



Ministerin Bettina Martin

der Pflegekassen beziehungsweise des privaten Versicherungsunternehmens über das Vorliegen von Pflegebedürftigkeit und die Zuordnung dann in die Stufen. Zwischen den Berichtsjahren des Statistischen Amtes M-V stieg die Anzahl Pflegebedürftiger von 6,4 im Jahr 2019 auf 7,6 Prozent im Jahr 21, und für Mecklenburg-Vorpommern war der Anstieg somit im Großen und Ganzen im Rahmen und in dieser Ausprägung erwartbar.

**Präsidentin Birgit Hesse:** Frau Abgeordnete, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

**Barbara Becker-Hornickel,** FDP: Ja, welche kurzfristigen Maßnahmen plant die Landesregierung, um die Situation der Pflegebedürftigen hier im Land zu verbessern und die Wirksamkeit der Pflegeversicherung hier im Land zu gewährleisten?

**Ministerin Bettina Martin:** Die Landesregierung hat natürlich das große Thema „Pflege und auskömmliche Pflege“ für die Pflegebedürftigen immer im Blick und ist da auch sehr aktiv und intensiv unterwegs. Insofern kann ich Ihnen jetzt hier als Wissenschaftsministerin nicht konkrete zusätzliche Maßnahmen nennen. Aber ich glaube, das Paket, dass das Land insgesamt als wirklich einen unserer Schwerpunkte auch durchsetzt, ist, glaube ich, bekannt.



Minister Christian Pegel

## Stich-Schutzwesten für Polizeibeamte

**Nikolaus Kramer, AfD:** [...] Tatmittel Messer – immer wieder haben wir Schlagzeilen. Wir haben jetzt dieses tragische Ereignis von Mannheim. Ich frage Sie, Herr Minister, inwieweit sind unsere Polizeibeamten hier im Land ausgestattet mit Westen, die sowohl ballistischen als auch Stichschutz bieten? Wenn eine Personenausstattung nicht gegeben ist, hat die Landesregierung vor, die Polizeibeamten des Landes Mecklenburg-Vorpommern dementsprechend mit derartigen Westen auszustatten?

**Minister Christian Pegel:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete!

Geehrter Fraktionsvorsitzender! Zunächst, ja, das tragische Ereignis hat gezeigt, wie wesentlich Körperschutzausstattungen sind, wobei – das gehört dann zur Vollständigkeit auch dazu – auch der Kollege, der dort bei diesem gewaltsamen Akt zu Tode gekommen ist, nach meinem Kenntnisstand Körperschutzausrüstung, zu gut Deutsch eine Weste, getragen hat. Am Ende waren es die Halsverletzungen, also ein Bereich, der ungeschützt ist. Und das gehört dann zur Vollständigkeit dazu, dass ich eben auch eine Frage habe, was kann ich alles wirksam schützen und wie schicke ich Kolleginnen und Kollegen dann in die jeweiligen Dienstbereiche.



Nikolaus Kramer (AfD)

Sie fragen konkret nach den Westen. Westen sind an alle Kolleginnen und Kollegen der Landespolizei ausgegeben. Ich habe mich ins Bild setzen lassen. Es gibt sogar eine Trageverpflichtung, zumindest einer Unterschutzweste. Wenn Sie die Landespolizeikolleginnen und -kollegen anschauen, sieht man das in der Regel auch, dass durchaus der Körperschutz – ganz anders als noch im Bild vor 10/12/15 Jahren, nach meinem Gefühl, da ist auch eine Veränderung optisch sichtbar – stattfindet, dass das, was im Körperbereich stattfindet, durch entsprechende ballistische Unterziehschutzwesten mit Stichschutz abgebildet ist.

Aber es gehört – noch einmal – dazu, dass der Hals- und Kopfbereich, außer in besonderen Einsatzlagen oder aber besonderen Teilen der Polizei, die dann unter anderen Einsatzbedingungen tätig werden, eben nicht in Gänze mit der Weste geschützt ist. Sie kennen es aber aus eigener Einsatzzeit viel besser als ich.

**Präsidentin Birgit Hesse:** Herr Abgeordneter, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

**Nikolaus Kramer, AfD:** Ja, gerne. Genau das ist der Punkt. Sieht die Landesregierung vor, im Rahmen der Beschaffung sogenannte Stichschutzschals und schnittfeste Handschuhe zu beschaffen als persönliche Mannausstattung? Oder müssen die Polizeibeamten das nach wie vor selbst für sich tun?

**Minister Christian Pegel:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bisher, wenn ich mir die Beschaffungsliste anschau, steht das nicht im Konkreten auf der Beschaffungsliste. Ich bin auch nicht sicher, ob wir dann nicht mit den Beteiligten noch mal ins Gespräch müssten. Wenn wir das, wie bei der Weste, verpflichtend tun, dann bedeutet das auch, dass die Kolleginnen und Kollegen möglicherweise unter besonderen Bedingungen – ich kann die Temperaturen vor zwei Wochen bei dem schrecklichen Ereignis in Mannheim nicht einordnen –, aber wir müssen ein bisschen achtgeben, dass die Kolleginnen und Kollegen auch ein Stück weit diese eigene Abwägungsmöglichkeit besitzen.

Ich nehme die Frage gerne mit, aber bisher ist es auf den eher größeren Beschaffungslisten, die ich vor Augen habe, die mir mitgegeben sind, nicht dabei. Da sind es ganz klassisch die Westen, die eine Rolle spielen, es sind die ballistischen Helme und die Ersatzvisiere für diese Helme, aber vor allen Dingen auch Außentragehüllen und Westen.



Minister Dr. Heiko Geue

## Umgang mit Steuer- mindereinnahmen

**Marc Reinhardt, CDU:** Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrter Herr Finanzminister! Wir alle haben ja mitbekommen, dass es bei der Steuerschätzung auch bei uns zu Steuermindereinnahmen kommt, fürs Jahr 2024 96 Millionen und fürs Jahr 2025 150 Millionen. Deshalb meine Frage an den Finanzminister: Welche konkreten Maßnahmen plant die Landesregierung, um diese Ausfälle zu kompensieren, und gibt es dazu vielleicht auch schon Beschlusslagen im Kabinett oder werden diese vorbereitet? Wie genau wollen wir uns damit darauf einstellen?

**Minister Dr. Heiko Geue:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Abgeordneter Reinhardt, Sie haben es gesagt, die Mai-Steuerschätzung war für alle ernüchternd, für Bund und Länder. Wir haben dadurch noch mal deutliche finanzielle Probleme bekommen, für dieses Jahr, für die nächsten Jahre. Sie haben jetzt zu Recht aufgerufen dieses und das nächste Jahr, weil der aktuelle Doppelhaushalt eine Rolle spielt. Ich will aber schon sagen, dass uns das natürlich auch für die nächsten Jahre, also ab 2026 belastet. Von daher brauchen wir auch eine Antwort der Landesregierung für jetzt die zwei Jahre, aber die auch schon weiterwirkt für die folgenden Jahre.



Marc Reinhardt (CDU)

Wir haben die Situation in Bund und Ländern, dass die Haushalte strukturell nicht mehr ausgeglichen werden können, dass wir auf Rücklagen zurückgreifen müssen. Und die Debatte dazu, wie wir das machen, was wir genau machen, die läuft noch im Kabinett, aber ich bin ganz zuversichtlich, dass wir da zeitnah auch über den Finanzausschuss zunächst dann auch den Landtag informieren können. Im Moment kann ich aber noch nichts Konkretes sagen.

**Präsidentin Birgit Hesse:** Herr Abgeordneter, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

**Marc Reinhardt, CDU:** Nein, danke!

Landtag trauert

## László Ignác verstorben

Ende Mai ereilte uns die traurige Nachricht, dass Herr László Ignác am 25. Mai 2024 unerwartet verstorben ist. Seit 1991 hat Herr Ignác Bauvorhaben für den Landtag Mecklenburg-Vorpommern im Auftrag des jetzigen Staatlichen Bau- und Liegenschaftsamtes MV am Schweriner Schloss betreut, zunächst als Mitarbeiter beim Schweriner Architekturbüro Werner und Kingerske, ab etwa Mitte der neunziger Jahre für das Hamburger Büro B&Z Architekten BDA und seit 2006 als selbständiges Ingenieurbüro.

In seiner jahrzehntelangen Tätigkeit als Bauleiter am Schloss Schwerin hat er maßgeblich mit seinem großen fachlichen Wissen, seinem persönlichen Einsatz sowie seiner freundlichen und lösungsorientierten Art das Bauen am Schweriner Schloss geprägt. Beispielhaft seien hier genannt die Bauvorhaben der Dach- und Fassadeninstandsetzung, die Restaurierung der Schlosskirche, die Restaurierung der Silberkammer und die Grundinstandsetzung der Nordbastion sowie Baumaßnahmen des Bauunterhalts, zu denen auch die aktuell laufende Baumaßnahme zur Instandsetzung der Prunkkuppel mit dem Erzengel zählt.

Herr Ignác hinterlässt eine große Lücke. Nach den langen Jahren der gemeinsamen und vertrauensvollen Zusammenarbeit behalten wir Herrn László Ignác als geschätzten Geschäftspartner und Kollegen in besonderer und dankbarer Erinnerung. Seiner Familie und seinen Angehörigen gilt unsere aufrichtige Anteilnahme.

# Laufende Gesetzgebung

Stand: 12. Juni 2024

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Federführender Ausschuss	Beratungsverlauf
8/1923	Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	-	1. Lesung: 22.03.2023 Ablehnung der Überweisung
8/1938	Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	FDP	-	1. Lesung: 22.03.2023 Ablehnung der Überweisung
8/3441	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesfischereigesetzes	Landes- regierung	Agrarausschuss	1. Lesung: 14.03.2024 in Beratung
8/3461	Entwurf eines Gesundheitsforschungsstärkungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern	Landes- regierung	Sozialausschuss	1. Lesung: 14.03.2024 in Beratung
8/3556	Entwurf eines Gesetzes zum Fünften Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge (Fünfter Medienänderungsstaatsvertrag)	Landesregie- rung	Innenausschuss	1. Lesung: 24.04.2024 in Beratung
8/3600	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Lehrerbildungsgesetzes	Landes- regierung	Bildungsausschuss	1. Lesung: 24.04.2024 in Beratung
8/3615	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Anpassung der Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern	SPD, DIE LINKE	Innenausschuss	1. Lesung: 24.04.2024 in Beratung
8/3739	Entwurf eines Gesetzes zum Zweiten Staatsvertrag zur Änderung des IT-Staatsvertrages	Landes- regierung	Innenausschuss	1. Lesung: 12.06.2024 in Beratung
8/3753	Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines Lobbyregisters für Mecklenburg-Vorpommern (Lobbyregistergesetz Mecklenburg-Vorpommern – LobRG M-V)	AfD	-	1. Lesung: 12.06.2024 Ablehnung der Überweisung

# Abgeschlossene Gesetzgebung

im Plenum am 12. Juni 2024 entschieden

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
8/3411	Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	AfD	1. Lesung: 14.03.2024 2. Lesung: 12.06.2024	Ablehnung
8/3454	Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezügen 2024 und 2025 sowie zur Gewährung einer Sonderzahlung zur Abmilderung der gestiegenen Verbraucherpreise des Landes Mecklenburg-Vorpommern	Landes- regierung	1. Lesung: 14.03.2024 2. Lesung: 12.06.2024	Annahme
8/3455	Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung der Besoldungsstrukturen und zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften des Landes Mecklenburg-Vorpommern	Landes- regierung	1. Lesung: 14.03.2024 2. Lesung: 12.06.2024	Annahme
8/3456	Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern	Landes- regierung	1. Lesung: 14.03.2024 2. Lesung: 12.06.2024	Annahme
8/3465	Entwurf eines Gesetzes zur Evaluation der Kinder- und Jugendbeteiligung in Mecklenburg-Vorpommern (Kinder- und Jugendbeteiligungsevaluationsgesetz – KiJuBEG M-V)	AfD	1. Lesung: 13.03.2024 2. Lesung: 12.06.2024	Ablehnung
8/3466	Entwurf eines Gesetzes zur Integrationsförderung und Migrationsbegrenzung für Mecklenburg-Vorpommern (Integrationsförderungs- und Migrationsbegrenzungsgesetz für Mecklenburg-Vorpommern – IntMigG M-V)	AfD	1. Lesung: 13.03.2024 2. Lesung: 12.06.2024	Ablehnung
8/3577	Entwurf eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag über die Flutung der Havelpolder und die Einrichtung einer gemeinsamen Schiedsstelle zwischen den Ländern Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und der Bundesrepublik Deutschland	Landes- regierung	1. Lesung: 24.04.2024 2. Lesung: 12.06.2024	Annahme



Die Petenten möchten erreichen, dass die Räumung eines Areals auf dem Campingplatz in Prerow auf dem Darß zurückgenommen wird.

Foto: Tom Kleiner/ pixelio.de

## Streit um Camping-Stellplätze in Prerow

**Petitionsausschuss** beriet über Situation im Regenbogencamp

**Der Petitionsausschuss hat am 05. Juni zehn Petitionen beraten. Eine Petition wurde mit den Beteiligten besprochen. Die Petenten hatten sich in diesem Fall darüber beschwert, dass sie ihre Dauercampingstellplätze im Regenbogencamp Prerow künftig nicht mehr nutzen könnten. Ihre Beschwerde galt daher der Stiftung Umwelt und Naturschutz M-V. Die Stiftung hatte Teilflächen des Campingplatzes erworben und daraufhin die Pachtverträge mit dem Betreiber des Platzes, der Regenbogen AG, gekündigt.**

Einer der Petenten nahm stellvertretend für viele Betroffene an der Beratung teil. Er verdeutlichte anhand einer Power-Point-Präsentation sein Anliegen. Nach seinem Informationsstand würden sich keine Verbesserungen für die Dünenlandschaft entwickeln, sollten die Areale des Campingplatzes wie geplant geschlossen werden. Außerdem monierte er, dass die betroffenen Camper an den vorausgegangenen Informationsveranstaltungen nicht teilnehmen konnten, weil die Termine vorher nicht ausreichend bekannt gegeben worden seien. Als Camper habe man zudem darauf vertraut, dass der Campingplatz in seinem gesamten Umfang naturverträglich betrieben werde. Der Petent trug

weiter vor, dass ein von ihm beauftragter Gutachter ebenfalls der Auffassung sei, dass die Anwesenheit der Camper nicht zu negativen Beeinträchtigungen der Dünen führen würde. Eine Lösung des Problems sah er darin, das angrenzende Gelände eines stillgelegten Ferienlagers für neue Stellplätze zu nutzen.

Der Vertreter des Nationalparkamtes widersprach den inhaltlichen Ausführungen des Petenten und stellte dar, dass die Entwicklung der Dünenlandschaft sehr wohl durch den Betrieb des Campingplatzes negativ beeinträchtigt werde. Bereits im Jahr 2003 sei im Nationalparkplan festgehalten worden, dass für den Campingplatz eine Lösung außerhalb des Nationalparks oder eine naturschutzverträgliche Lösung gefunden werden müsste. Ein Ziel von Natura 2000 und vom Nationalpark sei u. a., eine Weiterentwicklung der sogenannten Weißdüne zu ermöglichen. Das könne nur durch eine Reduzierung der Campingplatzflächen erreicht werden. Außerdem würden nach der Schließung der betroffenen Areale noch rund 83 Prozent der Campingplatzfläche zur Verfügung stehen.

Der Vertreter der Stiftung Umwelt- und Naturschutz erklärte, dass man zum Zeitpunkt des Erwerbs keinen Einfluss auf die Verkleinerung des Campingplat-

zes nehmen konnte. Die Rahmenbedingungen seien bereits vorher festgelegt worden. Darüber hinaus stellte er klar, dass keine Dauercampingplätze verloren gehen würden. Den Dauercampern seien alternative Stellplätze in den anderen Arealen angeboten worden.

Im Laufe der Diskussion wurde sodann der Vorschlag des Petenten erörtert, angrenzende Flächen wie das ehemalige Ferienlager, die außerhalb des Nationalparks liegen, als Ausweichflächen für die geschlossenen bzw. zu schließenden Areale zu nutzen. Dieser Vorschlag wurde von allen Beteiligten als ein gangbarer Weg eingeschätzt, um einen Kompromiss zwischen naturschutzrechtlichen Belangen und der weiteren touristischen Nutzung zu erreichen. Die Abgeordneten wiesen jedoch darauf hin, dass sicherzustellen sei, dass diese Flächen dann auch zum Zeitpunkt der Schließung von Arealen zur Verfügung stehen. Hierzu wird sich der Ausschuss nun an das Landwirtschaftsministerium wenden.

Zu vier Petitionen beschloss der Petitionsausschuss, die Anliegen der Petenten vor Ort gemeinsam mit den Beteiligten zu besprechen.

# Informationsbesuch in Lettland

**Bildungsausschuss** erhielt Einblick in das Bildungssystem des baltischen Staates



Die Mitglieder des Bildungsausschusses zu Besuch im lettischen Bildungsministerium.

Foto: Landtag M-V



Besuch der Sportschule Sigulda

Foto: Landtag M-V

Der Ausschuss für Bildung und Kindertagesförderung befand sich vom 17. bis zum 21. Juni auf Informationsreise in Lettland. Den Beschluss über Ziel und Inhaltsschwerpunkte der Reise fasste der Ausschuss am 27. Oktober 2022. Im thematischen Fokus der Reise standen der Austausch über Kompetenzorientierung und die außerschulische Bildung (Hobby-Unterricht). So kam das internationale Überprüfungsteam des Europarats zu dem Schluss, dass das lettische Modell des Hobbyunterrichts ein Best Practice Beispiel für außerschulische Bildung ist.

Nach der Ankunft in Riga am Montagabend erfolgte am Dienstagvormittag zunächst ein Briefing durch den deutschen Botschafter in Lettland, Herrn Christian Heldt. Anschließend besuchten die Ausschussmitglieder eine große außerschulische Bildungseinrichtung, das sogenannte „Schüler-Schloss“ und konnten sich ein Bild von der Interessensausbildung in Lettland machen. Ein weiterer Programmpunkt an diesem Tag bildete das Gespräch mit der Vorsitzenden des lettischen Ausschusses für Bildung und Wissenschaft der Saeima (Parlament Lettlands), Frau Agita Zariņa-Stüre. Hierbei wurde, wie auch beim anschließenden Gespräch mit

der Leiterin der lettischen Lehrergewerkschaft LIZDA, Frau Inga Vanaga, deutlich, dass die geringen Gehälter der Pädagogen in Lettland sowie der Lehrkräftemangel zu den großen Problemen des Landes im Bildungsbereich gehören. Nach Ausbruch des Krieges gegen die Ukraine habe die lettische Regierung beschlossen, dass die zweite Fremdsprache Russisch nicht mehr an den Schulen gelehrt werden solle. Stattdessen werde nun in der Regel Deutsch die zweite Fremdsprache sein. Um genügend Lehrkräfte hierfür zu finden, seien unter anderem Qualifizierungen bzw. Umschulungen oder auch der Quereinstieg möglich. Auch werde Lehramt als Fernstudium angeboten.

Am zweiten Tag der Informationsfahrt kam es zunächst zum fachlichen Austausch mit dem lettischen Ministerium für Bildung und Wissenschaft, hier unter anderem mit der Unterstaatssekretärin Kristine Niedre-Lathere. Dabei wurde deutlich, dass die Vorschule in Lettland für die fünf- bis sechsjährigen Kinder obligatorisch ist und die Vorschullehrkräfte ebenso wie die Erzieherinnen und Erzieher in den Kitas studiert haben müssen. Des Weiteren wurde auf Nachfrage berichtet, dass der Zugang zu den Gymnasien beschränkt sei und die

Kinder zunächst eine Eingangsprüfung ablegen müssten, bevor sie diese Schulform besuchen könnten. Erzählt wurde außerdem, dass es in Lettland statt Sport das Fach Sport- und Gesundheit sowie ab dem nächsten Jahr in der Sekundarstufe auch das Fach Staatsverteidigung gebe. Anschließend haben die Ausschussmitglieder Dr. Inese Supule getroffen, die u.a. zum Thema „Systeme der Elementarbildung und Professionalisierung in Europa“ geforscht hat. Die Abgeordneten haben sich im Gespräch mit Frau Dr. Supule insbesondere über die verbindliche Vorschulbildung in Lettland informiert. Ziel der Vorschule in Lettland sei, dass die Kinder lesen lernen sowie die Zahlen bis 20 lesen und nennen könnten und ein Verständnis für Prozesse in der Natur und für Sicherheit erhielten. Im Rahmen ihrer Studie sei der professionelle Unterricht sowie das Essen (drei Mahlzeiten am Tag) in den Kitas in Lettland positiv im Vergleich zu Norwegen und Großbritannien (als Vergleichsländer) bewertet worden. Negativ bewertet worden seien die Gehälter und die Tatsache, dass der Frauenanteil unter den Lehrkräften in Lettland bei 99 Prozent liege. Des Weiteren hat der Bildungsausschuss am zweiten Tag seiner Informationsfahrt die Sportschule in Sigulda und in diesem Zusammenhang die auch von der Sportschule genutzte Bobbahn sowie das Sportzentrum der Stadt Sigulda besichtigt, um sich über die Struktur der Sportschulen Lettlands zu informieren.

Am Donnerstag besuchten die Abgeordneten zunächst die Deutsche Schule Riga und informierten sich über das Auslandsschulwesen. Nach einem anschließenden Gespräch mit der Gastlektorin Dace Henrici an der Universität Lettlands, hier der Fakultät für Pädagogik und Psychologie, bei dem es um die Lehrerbildung in Lettland ging, sind die Ausschussmitglieder in Kuldiga mit der dortigen Bürgermeisterin, Frau Inese Astāševska, und mit Frau Santa Dubure, der Leiterin des Bildungsamtes, zusammengetroffen und haben sich über das Thema „Bildung im ländlichen Raum“ informiert.

# Novelle des Landesfischereigesetzes

## Öffentliche Anhörung im Agrarausschuss

Am 29. Mai hat der Agrarausschuss eine öffentliche Anhörung zum Gesetzentwurf der Landesregierung „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesfischereigesetzes“ durchgeführt. Inhaltlich fokussiert die Novelle des Gesetzentwurfes auf Regelungen zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes, um Verwaltungsdienstleistungen online anbieten zu können, die landesrechtliche Umsetzung neuer Vorgaben des EU-Rechts, weitere rechtliche Anpassungen in Bezug auf den Besatz von und die Fischzucht in Binnengewässern sowie auf den Schutz heimischer Fischarten.

Als Sachverständige wurden Vertreter des Landesfischereiverbandes M-V, des WWF Deutschland Büros Ostsee, des Landesanglerverbandes M-V sowie des Leibniz-Institutes für Gewässerökologie und Binnenfischerei (Berlin) angehört.

Grundsätzlich wurde die „kleine“ Novelle in ihrer Zielrichtung begrüßt. Differenzierte Bewertungen gab es im Hinblick auf Besatzmaßnahmen, um Binnengewässer vor gebietsfremden und invasiven Arten zu schützen. In diesem Zusammenhang wurde das

Problem moniert, dass deren Definition rechtlich nicht eindeutig sei. Der althergebrachte Karpfenbesatz wurde befürwortet, der Besatz mit Marmor-, Gras- und Silberkarpfen dagegen abgelehnt. Keine Zustimmung fanden die neuen Vorgaben für Setzkescher (3,5 m Länge und 0,5 m Öffnungsweite), die als wenig praktikabel angesehen wurden.

Begrüßt wurde ebenfalls die rechtliche Gleichstellung des Fischereischeins mit denjenigen anderer Bundesländer sowie die digitale Ausstellung der Fischereiberechtigungen, insbesondere,

um Behörden zu entlasten. Auch die Kontrolle der Fischereiausübenden sowie Ahndung von Ordnungswidrigkeiten, einschließlich der temporären Beschlagnahmemöglichkeit des Fischereigerätes, wurde befürwortet.

Weiter hatten sich die Sachverständigen für die Zulässigkeit der Elektrofischerei durch sachkundiges Personal bei wissenschaftlichen Untersuchungen von Fischbeständen ausgesprochen, weil diese sehr schonend sei. Darüber hinaus wurde die Ausweitung des Monitorings der Fänge in den Binnengewässern des Landes im Sinne des Bestandsschutzes von Fischarten empfohlen. Geworben wurde auch für die Einführung von Entnahmefenstern – eine Kombination aus Mindest- und Maximallängen – um den Reproduktionserfolg von Zielfischarten zu verbessern, da große Fische (z. B. Hechte) mehr Nachwuchs haben.

## Sommer-Veranstaltungen im Innenhof des Schweriner Schlosses 2024

Datum	Event	Info	Ort	Einlass
DO 22. Aug	<b>Gysi vs. Sonneborn</b>	Kanzlerduell der Herzen	SCHWERINER SCHLOSS	Einlass: 18:30 Uhr Beginn: 20:00 Uhr
SO 25. Aug	<b>SCHILLER</b>	Sommerlust Open Air 2024	SCHWERINER SCHLOSS	Einlass: 17:30 Uhr Beginn: 19:00 Uhr
FR 30. Aug	<b>EULE FINDET DEN BEAT</b>	Das Theater - Konzert Open Air	SCHWERINER SCHLOSS	Beginn 17:00 Uhr
SA 31. Aug	<b>Bodo Wartke</b>	Wandelmut	SCHWERINER SCHLOSS	Einlass 18:30 Uhr Beginn 20:00 Uhr
SO 01. Sep	<b>Kettcar</b>	Sommer 2024	SCHWERINER SCHLOSS	Einlass: 17:30 Uhr Beginn: 19:00 Uhr

Tickets für alle Veranstaltungen unter: <https://www.kulturbotschafter-events.de/>



Trotz schlechtem Wetter kamen zahlreiche Besucher zum Tag der offenen Tür des Landtages MV. Die Fraktionen präsentierten sich sowohl im Burggarten als auch im Schloss.

## Tag der offenen Tür im Landtag

Trotz Regen 13.000 Gäste im Schloss

Beim Tag der offenen Tür im Landtag von MV ist das Schweriner Schloss traditionell der Magnet für Tausende Besucher. Der Plenarsaal, die Flure der Fraktionen oder auch die Konferenzsäle sind für Gäste geöffnet. Es ist ein Tag der Demokratie, wie Landtagspräsidentin Birgit Hesse erklärte. Auch wenn es das Wetter dieses Mal nicht besonders gut mit dem Parlament meinte, ein Erfolg war die Veranstaltung trotzdem.

Etwa zwei Stunden nach der Eröffnung durch Landtagspräsidentin **Birgit Hesse** im Innenhof des Schlosses mussten alle Veranstaltungen ins Gebäude verlegt werden. Wetterbedingt spielte der Plenarsaal als Veranstaltungsort eine zentrale Rolle. So kam es zu für diesen Raum aussergewöhnlichen Auftritten wie

*Landtagspräsidentin Birgit Hesse (li.) eröffnete gemeinsam mit André Schneider (Ostseewelle) und Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (re.) den Tag der offenen Tür.*



beispielsweise dem des Freien Fanfarenzugs Neubrandenburg Stadt 1890.

Und auch ausserhalb des Plenarsaals boten die WIR-Aktionsmeile und zahlreiche Medienpartner ein buntes Programm an. Im Schloss luden die Schlosskirche und das Museum zum Verweilen ein.

Schon zu Beginn hatte Moderatorin Dörthe Graner die Besucher aufgefordert, den Kontakt zu den Abgeordneten zu suchen. „Trauen Sie sich, stellen Sie Fragen und kommen Sie miteinander ins Gespräch“. Die Gäste folgten ihr. Die Landtagsfraktionen hatten ihre Stände am Schlossportal, im Garten vor der Orangerie und im Café Niklot aufgestellt und konnten sich über mangelnde Aufmerksamkeit nicht beklagen. Es gehe insgesamt darum zu zeigen, wie wichtig und wertvoll die Demokratie ist, sagte Hesse. „Wir denken immer, Demokratie ist selbstverständlich.“ Aber die Menschen müssten dafür auch einstehen.

Um die grossen Züge und die wichtigsten Themen der Landespolitik ging es bei einer Gesprächsrunde der Fraktionsvorsitzenden der im Landtag vertretenen Parteien. Die sozialverträgliche Umsetzung der anstehenden grossen Veränderungen bezeichnete Vize-Fraktionschef von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, **Hannes Damm**, als das wichtigste Thema seiner Fraktion. „Umweltschutz, Naturschutz, Klimaschutz!“ Es stelle sich nicht nur die Frage, wie das technisch umgesetzt wird, sondern wie die Gesellschaft diese Anforderungen erfüllen kann. Das müsse klug angegangen werden, damit nicht nach fünf Jahren festgestellt werden muss: „Das war kein kluger Weg.“

„Wir müssen das grosse Ganze zusammenbringen“, sagte der SPD-Fraktionsvorsitzende **Julian Barlen** mit Blick auf die Vielzahl der anstehenden Aufgaben und den Willen, dass es in MV vorangeht. „Da sucht man sich für jeden Bereich natürlich die praktische Tat.“ Als positive Beispiele der Arbeit der Regierungsfaktionen nannte Barlen das Tarifreugesetz oder möglichst vielen Kindern den beitragsfreien Zugang zur Krippe, Kita oder Hort zu gewährleisten.



René Domke (Fraktionsvorsitzender FDP) im Gespräch mit Gästen.



Innenminister Christian Pegel (Mitte) am Informationsstand der SPD.



Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN präsentierte sich im Burggarten.

„Wir wollen, dass es sozial gerecht zu- geht“, betonte die Fraktionsvorsitzende der LINKEN, **Jeannine Rösler**. Dazu gehörten die Bildungsgerechtigkeit und die Frage, wie Kita und Schule besser gemacht werden können. Auch sie erwähnte beitragsfreie Kitas oder Ferienhorts. Aber das reiche nicht. „Deshalb haben wir weitere Schritte unternommen, damit es an den Kitas auch besser wird, was die Qualität be- trifft“, sagte Rösler. Das gelte auch für die Schulen. „Wir wissen alle: Es gibt Riesenprobleme an den Schulen, um genügend Lehrerinnen und Lehrer zu haben, die den Unterricht absichern.“ Aber es gebe auch einen Einstellungs- rekord für Lehrerinnen und Lehrer zu verzeichnen.

Der Fraktionsvorsitzende der FDP, **René Domke**, stellte die Frage in den Raum, ob der Staat überhaupt noch seine Kern- aufgaben wahrnimmt. „Alles, was wir aus- geben wollen, muss erst einmal erwirt- schaftet werden“, betonte er. Es müsse mit Weitblick gearbeitet werden. So betreffe der Fachkräftemangel nicht nur die Wirt- schaft, sondern auch die Verwaltung. „Wir müssen modernisieren.“ Da habe sich in dieser Legislaturperiode noch nicht viel getan. „Wie schaffen wir es vor allem, dass alle das Gefühl haben, der Staat ist auch noch für sie da, aber ohne, dass er sich überall einmischt“, sagte Domke.

„Wir leben in einem Staat, der an den Grenzen der Funktionalität angelangt ist“, erklärte der CDU-Fraktionsvorsit-

zende **Daniel Peters**. Überall werde sehr deutlich von ausufernder Büro- kratie gesprochen. „Da müssen wir als erstes dran.“ Zudem sei die wirtschaft- liche Situation in MV nicht so gut, wie behauptet wird. Er verwies auf die Ein- schätzung, dass sich Deutschland in einer Rezession und Deindustrialisierung befinde. „Davon wird auch MV leider be- troffen sein“, sagte Peters. Gleichzeitig beobachte er eine „wahnsinnige Lethar- gie“ bei der Landesregierung. „Ich glau- be, es braucht dringend einen Wechsel.“ Das gelte auch für die Migration.

Das Thema Migration griff auch der AfD-Fraktionsvorsitzende **Nikolaus Kramer** als das zentrale Thema seiner Fraktion auf. „Wir brauchen kein Migra- tionskonzept, wir brauchen Remigra- tionskonzepte. Wir müssen abschieben, abschieben, abschieben!“ Die Belas-

Daniel Peters (Fraktionsvorsitzender CDU) kam über ein Geschicklichkeitsspiel mit Besucherinnen und Besuchern ins Gespräch.



tungsgrenze sei für das Land und die Kommunen erreicht. Scharf griff Kramer die Regierungsfaktionen wegen einer verfehlten Sozialpolitik an. Ein Beispiel für den totalen Widerspruch sei beim Tag der offenen Tür vor dem Schloss zu erleben. „SPD und LINKE verteilen kostenlos Bratwurst und der Bratwurst-Maxe auf der Schlossbrücke kann seinen Laden dicht machen.“

Die Besucherin Helvi Kuhn aus Neukloster nutzte die Runde der Fraktionsvorsit- zenden, um auf die Situation der Grundschu- le in ihrer Kommune aufmerksam zu ma- chen. Seit nunmehr sieben Jahren werde dort mit sehr kleinen Klassen gearbeitet. Vor 14 Tagen sei ein Schreiben des Schul- amts gekommen, dass pro Klassenstufe eine Klasse aufgelöst werde. Die Klassen- stärke werde von 16 oder 18 Kindern auf 26 erhöht. Zusätzlich solle die Inklusion

Fotos: Anton Fischer



Der Abgeordnete Henning Foerster (DIE LINKE) sprach beim Glücksrad mit den Gästen.



Elke-Annette Schmidt (2. Vizepräsidentin des Landtages) öffnete mittels Kurbel mit viel Geduld und Kraft die historische Drehbrücke am Schloss.



Die CDU-Abgeordnete Katy Hoffmeister (Vorsitzende des Sozialausschusses) informierte über die Arbeit des Ausschusses.



Dörthe Graner (li.) moderierte die Gesprächsrunde zum Thema „Medizinische Versorgung in MV“ mit (v.l.n.r.) Thomas de Jesus Fernandes (AfD), Dr. Harald Terpe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Barbara Becker-Hornickel (FDP), Katy Hoffmeister (CDU), Christine Klingohr (SPD) und Torsten Koplín (DIE LINKE).

umgesetzt werden. „Wir werden keine zusätzlichen Schulsozialarbeiter bekommen oder Fachkräfte, die Kinder mit besonderen Bedürfnissen betreuen“, kritisierte Kuhn. Die Eltern oder die Stadt würden nicht informiert, niemand komme vorbei, um sich die Grundschule anzuschauen. Denn der Schulneubau sei auf 22 Schüler pro Raum ausgelegt.

In einer zweiten Gesprächsrunde stellten sich die Gesundheitsexperten der Fraktionen den Themenbereichen Ärzteversorgung in MV und die anstehende Krankenhausreform. Moderatorin Graner machte darauf aufmerksam, dass auf MV grosse Probleme zukommen werden. „Jeder dritte niedergelassene Arzt ist älter als 50 Jahre.“ In grösseren Städten sei die Situation nicht das grosse Problem, im Gegensatz zur Lage auf dem flachen Land.

**Christine Klingohr** (SPD) betonte, dass

die Politik das Problem nicht allein lösen könne. Als Beispiel für die Arbeit der Regierung nannte sie die Schulgeldfreiheit für die medizinischen Berufe wie Ergotherapie, Logopädie oder Pflegeassistenz, die im aktuellen Doppelhaushalt vereinbart worden sei. Das seien Klebeeffekte, mit denen versucht werde, die medizinische Versorgung in MV sicherzustellen.

Der AfD-Abgeordnete **Thomas de Jesus Fernandes** verwies auf einen Antrag seiner Fraktion, mit der bei der Medizinausbildung an den Universitäten in MV eine Zahnarztquote eingeführt werden soll. Diese sei vergleichbar mit der erfolgreichen Landarztquote. Studierende, die über diese Quote aufgenommen werden, verpflichten sich, nach der Facharztweiterbildung für mindestens zehn Jahre in einer unterversorgten Region zu arbeiten. Er bezeichnete die Situation etwa im Bereich der Psychotherapie als erschreckend, Hilfesuchen-

de müssten mit Wartezeiten von sechs bis acht Monaten rechnen.

Auch **Katy Hoffmeister** (CDU) ging auf die Ausbildung von Medizinern ein. „Wenn Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) schon sagt, wir brauchen 5000 Studienplätze in Deutschland mehr für den Fachbereich Medizin, dann bedeutet das für MV mindestens 100.“ Für die CDU habe die Anhebung der Landarztquote von derzeit 7,8 Prozent und die gleichzeitige Ausdehnung der Quotenregelung auf Fachärzte Vorrang. Zusätzlich müssten die Telemedizin, die ambulante und die stationäre Versorgung viel enger verzahnt werden.

Die LINKE beschäftige insbesondere die Frage, warum von 400 angehenden Humanmedizinern pro Studienjahr nur 40 Prozent im MV bleiben, sagte **Torsten Koplín** (DIE LINKE). Zusammen mit den Medizinfakultäten in Rostock und



Die Abgeordnete Petra Federau (li., AfD) beantwortete im Vorhof des Schlosses die Fragen der Interessierten.



Im Burggarten präsentierten sich zahlreiche Vereine und Verbände der Aktion „WIR Erfolg braucht Vielfalt“



In einer weiteren Gesprächsrunde präsentierten sich die Fraktionsvorsitzenden der jeweiligen Fraktionen. v.l.n.r.: Nikolaus Kramer (AfD), Daniel Peters (CDU), René Domke (FDP), Jeannine Rösler (DIE LINKE), Julian Barlen (SPD) und Hannes Damm (stellv. Fraktionsvorsitzender BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).



Vormittags konnte die Preisverleihung zum „Wettbewerb des Welterbevereins“ noch im Innenhof stattfinden.

Fotos: Anton Fischer

Greifswald soll nun herausgefunden werden, welche Rahmenbedingungen konkret notwendig sind, um die Zahl derer zu erhöhen, die nach dem Studium als Ärzte in MV tätig werden. Zudem werde daran gearbeitet, dass andere Bundesländer eine Medizinausbildung anbieten, wo das heute noch nicht möglich ist. „Damit soll der Staubsauger-Effekt verhindert werden, dass uns angehende Ärztinnen und Ärzte abgeluchst werden“, sagte Koplín. „Das ist ein dickes Brett.“

Nach Ansicht von **Dr. Harald Terpe** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) könnte die Einführung von Staatsverträgen mit anderen Bundesländern ohne eigene Mediziner Ausbildung – vergleichbar mit den Medienstaatsverträgen - die Situation verbessern. Das könnte auch für die gesundheitliche Versorgung eingeführt werden. „Traditionell war für Brandenburg der Stu-

dienort Greifswald – das muss man wissen“, erklärte Terpe. Das sei schon in Zeiten vor der DDR so gewesen. Gleichzeitig dürfe bei der Diskussion um die ärztliche Versorgung nicht vergessen werden, dass Mediziner auch nach MV kommen.

Es bringe nichts, jetzt sieben oder acht Jahre zu warten, bis die aktuellen Medizinstudenten fertig ausgebildet sind, sagte die FDP-Abgeordnete **Barbara Becker-Hornickel**. „Wir müssen jetzt Ärztinnen und Ärzte, die fertig ausgebildet sind, davon überzeugen, eine Praxis zu übernehmen.“ Dazu müsse aber die Bürokratie im Gesundheitswesen abgebaut werden, die in den Arztpraxen unheimlich viel Zeit fresse. Gleichzeitig sollten die Chancen der Telemedizin sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf viel stärker ins Blickfeld genommen werden.



Im Bereich des alten Plenarsaals konnten die Räume des neuen Konferenzbereiches besichtigt werden.



#### 12.06.2024 **Verabschiedung Pastor Seyffert**

Zu Beginn der Juni-Sitzungswoche fand am 12. Juni die traditionelle ökumenische Andacht in der Schlosskirche statt. Gestaltet haben diese Jugendliche vom Kreativen Jugendtreff der Christophorusgemeinde in Laage. Im Rahmen der Andacht wurde zudem der Pastor der Schlosskirchengemeinde, Volkmar Seyffert (Mitte), durch Sebastian Ehlers (links) und Katy Hoffmeister (rechts) als Landtagsmitglieder verabschiedet. Künftig wird Volkmar Seyffert in der Kirchengemeinde Bad Doberan tätig sein. Volkmar Seyffert wirkte mehr als 8 Jahre in der Schlosskirchengemeinde als Pastor.



#### 17.06.2024 **Parlamentsforum südliche Ostsee**

Am 17. Juni waren Landtagspräsidentin Birgit Hesse (2.v.l.) sowie die Abgeordneten Beatrix Hegenkötter (3.v.l.) und Hannes Damm (re.) in Hamburg zu Besuch. Dort richtete die Hamburgische Bürgerschaft das Treffen des Parlamentsforums Südliche Ostsee aus, das sich mit dem Thema „Sicherheit im südlichen Ostseeraum“ befasste.

Bei einer Anhörung präsentierten Expertinnen und Experten zunächst relevante Fragen und Herausforderungen im Ostseeraum. Als Sachverständiger aus MV hielt auch Heiko Tesch, Leitender Kriminaldirektor im Innenministerium, einen Vortrag. Bei der nachfolgenden Konferenz erarbeiteten die Teilnehmenden gemeinsam Vorschläge und Forderungen, die auf der Jahreskonferenz im September verabschiedet werden sollen. Das Parlamentsforum Südliche Ostsee wurde 2004 gegründet und hat zum Ziel, bestehende Partnerschaften sowie sonstige parlamentarische Beziehungen auf regionaler Ebene zu stärken und zu vernetzen. Bei den jährlichen Konferenzen werden aktuelle, regionalspezifische Themen diskutiert und entsprechende Resolutionen verabschiedet.



#### 19.06.2024 **Polnischer Botschafter zu Besuch**

Am 19. Juni war der Botschafter der Republik Polen S.E. Dariusz Pawłoś in Begleitung des Honorarkonsuls Helmuth von Maltzahn zu Gast im Schweriner Schloss. Landtagspräsidentin Birgit Hesse empfing die Besucher im Plenarsaal.

Bei einem gemeinsamen Gespräch im Präsidialbüro tauschten sie sich unter anderem zur Sicherheit im Ostseeraum, den Europawahlen und einer verstärkten Zusammenarbeit Mecklenburg-Vorpommerns mit Polen aus, insbesondere in den Bereichen Wirtschaft, Sicherheitspolitik und Erinnerungsarbeit.

Traditionell trug der Botschafter sich in das Gästebuch des Landtages ein. Die Gäste nahmen zudem an einer Führung durch das Schloss und das Museum teil.